

# ATTRAKTION UND INNOVATION. ÜBER EINIGE GRÜNDE FÜR DEN ERFOLG DER AMERIKANISCHEN WISSENSCHAFTSKULTUR \*

CHRISTIAN FLECK

Institut für Soziologie  
Universität Graz

e-mail: christian.fleck@uni-graz.at

---

\* Ich danke folgenden Institutionen, die Forschungsaufenthalte finanziell gefördert haben, die diesem Aufsatz vorangingen: Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (Projekt P 10061-Soz), Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank (Projekt 6773), Rockefeller Archive Center, Tarrytown, N.Y. (Special Grant for Research in the History of the Social Sciences), London School of Economics and Political Science (European Union Social Science Information Research Facility Grant).

Eine erste Version dieses Textes wurde während eines Aufenthalts als Fellow am Dorothy and Lewis B. Cullman Center for Scholars and Writers der New York Public Library geschrieben.

Frühere Versionen dieses Beitrags wurden bei einer Sektionsitzung am gemeinsamen Soziologenkongress der DGS, ÖGS und SGS in Freiburg i. Br. im September 1998, anlässlich einer Tagung der Olivetti Foundation im Dezember 1998 in Rom, beim Österreichischen Kongress für Zeitgeschichte im Mai 1999, und in Vorträgen an der New York Public Library, an der University of Waterloo, Kanada, anlässlich der interim conference des Research Committee History of Sociology im Juni 2000 in Torun, Polen sowie im Rahmen des Seminars Historische Wissenschaftsforschung an der Universität Wien vorgetragen. Die Diskussionen haben mich auf Mängel meiner Ausführungen aufmerksam gemacht, die in der vorliegenden Fassung hoffentlich nicht mehr enthalten sind.

Ich danke Johannes Feichtinger, Albert Müller, Reinhard Müller, Dirk Raith, Werner Reichmann und Markus Schweiger für die Gelegenheit, meine Gedanken mit ihnen zu diskutieren. Ihre Kommentare haben zur Verbesserung des vorliegenden Textes wesentlich beigetragen. Selbstverständlich tragen sie keinerlei Verantwortung für das hier Ausgeführte.

Wodurch und wann wurden die USA zur führenden Wissenschaftsnation? Dass sie es am Beginn des 21. Jahrhunderts sind, wird von kaum jemandem bestritten. Umstritten ist, ob diese ‚Herrschaft‘ legitim sei, ob sie aus innerwissenschaftlichen Gründen hervorging oder ob sie bloß eine Nebenfolge ökonomischer und militärischer Erfolge war, die die USA im Verlauf des vorigen Jahrhundert erzielte. Gelegentlich wird vermutet, dass das neue Zentrum der globalen Wissenschaftskultur Konkurrenten absichtlich oder aus Ignoranz von der Partizipation ausschließe und schließlich wird manchmal behauptet, dass sich schon Keime des Verfalls dieses Imperiums zeigten. Von europäischen Forschern, die sich mit Exil und Emigration, Kultur- und Wissenschaftsgeschichte beschäftigen, wird manchmal der Eindruck erweckt, dass erst die Fluchtbewegung von Hunderten, ja Tausenden Wissenschaftlern, Intellektuellen und Künstlern aus Mitteleuropa Amerika zur wissenschaftlicher und kulturellen Größe verholfen hätte: Rudolf Carnap, Ernst Cassirer, Erwin Chargaff, Max Delbrück, Albert Einstein, Enrico Fermi, Kurt Gödel, Walter Gropius, László Moholy-Nagy, John von Neumann, Otto Preminger, Leo Szilard, Alfred Tarksi, Victor Weisskopf, Hermann Weyl, Billy Wilder – die Auswahl der Namen folgt in der Regel nationalen, beruflichen oder weltanschaulichen Affinitäten – hätten Amerika kulturell und wissenschaftlich erst zu dem gemacht, was es heute sei. Verlässt man die Ebene der Individuen und schaut auf Aggregate, also Verteilungen von größeren Zahlen von Personen, und macht man dann einen Schritt weiter und versucht, spezifische wissenschaftliche oder kulturelle Institutionen und deren Evolution zu analysieren, tritt einem jedenfalls ein etwas anderes Bild entgegen. Dieses soll im folgenden gezeichnet werden.

Nahezu alle Historiker der Sozialwissenschaften haben eine Vorliebe dafür, Wissenschaftsgeschichte als Nationalgeschichte zu schreiben. Selten wird daher der Blick auf internationale Verflechtungen gerichtet, weshalb Entwicklungen verkürzt dargestellt werden: als Export von oder Missionierung durch Ideen, als Einfluss von Personen oder Schulen, fast immer wird nur eine Seite, nie aber die Verflechtung thematisiert wurde.

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts erfuhren nationale Wissenschaftssystem nach Meinung von Beobachtern aus verschiedenen Ländern und Disziplinen eine „Amerikanisierung.“ Wie meist, wenn Schlagworte benutzt werden, ist immer ein wenig unklar, was das Schlagwort bezeichnen will. Welche Art von Einfluss soll mit diesem Wort erfasst werden? Im Allgemeinen beziehen sich die Autoren auf die Zeit nach 1945, wenn sie dieses Etikett verwenden. Im Gegensatz dazu soll im folgenden gezeigt werden, dass was häufig als „Amerikanisierung“ bezeichnet wird das Resultat einer längeren Entwicklung war, die viel früher begann und sich aus mehreren unabhängigen Prozessen zusammensetzte.

Von den vielen Facetten von „Amerikanisierung“ werden im folgenden nur zwei eingehender betrachtet werden:

1. Amerikanisierung kann die (quantitative) Vorherrschaft der USA in verschiedenen Wissenschaften bzw. im internationalen oder globalen Wissenschaftssystem meinen; diese Vorherrschaft kann sich in verschiedener Weise ausdrücken: Von der regionalen Verteilung der Wissenschaftler, über die differenzielle finanzielle Ausstattung bzw. die Pro-Kopf-Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung bis hin zu Phänomenen wie Mobilitätsströmen von Wissenschaftlern von weniger entwickelten Regionen, Ländern, Universitätssystemen in Richtung avancierterer Forschungszentren; wobei die Verweildauer dort variieren kann und von vorübergehenden, Ausbildungszwecken dienenden Aufenthalten bis zur permanenten Niederlassung reichen kann. Als *Konzentrations-Hypothese* wird im folgenden der Gedanke bezeichnet, dass es im Verlauf des 20. Jahrhunderts zu einer Verschiebung der globalen Verteilung von Personal, Mitteln oder ganz allgemein: Gelegenheitsstrukturen in Richtung Westen gekommen ist und sich die USA sukzessive als neues Zentrum des globalen Wissenschaftssystem etabliert haben.
2. „Amerikanisierung“ kann die Diffusion von in den USA entwickelten bzw. dort präferierten Forschungstechniken, -richtungen, -stilen und Institutionen in andere Regionen meinen und im Zuge dieses Transfers kann es zur Verdrängung „autochthoner“ Richtungen kommen. Die Diffusion kann verschiedene Gestalt annehmen: Der aktiv betriebene, „missionarische“ Export vom Zentrum in die Peripherie; die Ko-Variation, also eine zeitgleich in verschiedenen Teilen des globalen Wissenschaftssystems erfolgende Änderung, die nicht dem Muster des Exports bzw. Imports folgt; Formen der Nachahmung durch an der Peripherie angesiedelte Wissenschaftler, ohne dass das Zentrum darauf aktiv Einfluss genommen hätte. Jeder dieser Diffusionsvorgängen kann von den Sender und Empfängern jeweils freudig orchestriert werden oder, ohne Aufsehen zu erregen, über die Bühne gehen; was zuerst vielleicht wenig Beachtung fand, zieht plötzlich die Aufmerksamkeit auf sich, was früher gelobt wurde, kann später gebrandmarkt werden. Im folgenden wird dies als *Stil-Hypothese* bezeichnet, um deutlich werden zu lassen, dass es um den empirischen Nachweis des Vorhandenseins eines bestimmten, einigermaßen klar identifizierbaren Forschungsstils geht, der an dem Ort davor unbekannt war und dessen Auftreten der Diffusion zugeschrieben wird. Das Phänomen, das zu fassen ist, wurde von verschiedenen Autoren mit unterschiedlichen Begriffen und nicht immer mit einem ausdrücklichen Bezug auf Wandlungen des globalen Wissenschaftssystems bezeichnet; die bekanntesten verwandten Begriffe sind Ludwik Flecks Denkstil (Fleck 1980), Thomas S. Kuhns Paradigma (1962),

Michael Polanyis tacit knowledge (1966) und Johan Galtungs intellektueller Stil (1981). Während diese Autoren vor allem auf den kognitiven Gehalt und die innerwissenschaftliche Organisation zielen, wird im folgenden Gelegenheitsstrukturen und Institutionen mehr Beachtung geschenkt werden.

Eine häufig anzutreffende weitere Deutung von „Amerikanisierung“ hebt den beabsichtigten oder funktionalen Zusammenhang zwischen Veränderungen im globalen Wissenschaftssystem und machtpolitischen Zielsetzungen der USA, ihres militärisch-industriellen Komplexes, des US-Kapital(ismu)s hervor. Diese (Kultur-) Imperialismus-These(n) könnten als Spezifikation der Stil-Hypothese angesehen werden. Sie werden hier ebenso wenig erörtert wie eine andere im Umfeld der Rede von der „Amerikanisierung“ gebräuchliche Sichtweise untersucht werden kann: Viele, die sich des Begriffs „Amerikanisierung“ bedienen, meinen, dass dabei beispielsweise in der deutschsprachigen Soziologie (aber auch in verwandten Disziplinen) die Vorherrschaft eines bestimmten metatheoretischen, methodologischen oder die Forschungs routinen betreffenden Modells (zumeist „Positivismus“ genannt) angestrebt und zumindest zeitweilig auch erreicht wurde. Die Positivismus-These ist eine weitere Spezifikation der Stil-Hypothese.<sup>1</sup>

Die folgenden Ausführungen verfolgen ein bescheideneres Ziel. Ich will zeigen, dass es im 20. Jahrhundert zu einer Konzentration der Elite des wissenschaftlichen Personals in den USA aus Gründen gekommen ist, die mehr mit der dort früher einsetzenden Expansion des tertiären Bildungssystems zu tun haben und dass in den USA spezifische Forschung fördernde Institutionen zuerst geschaffen wurden, die sich in der Folge relativ rasch über den Globus ausbreiteten – und heute zu den selbstverständlichen Elementen des wissenschaftlichen Alltags gehören. Dazu zählen beispielsweise die Binnendifferenzierung der Sozialwissenschaften in den uns heute geläufigen Teildisziplinen, der Soziologie, Politikwissenschaft, etc., die Versammlung relativ Statusgleicher in Departments, die Finanzierung von Freisemestern für die Durchführung von Forschungsvorhaben (sabbaticals), die Bereitstellung von existenzsichernden Einkommen für so genannten post-docs (im Gegensatz zur zentraleuropäischen Institution des aus privaten Quellen alimentierten Privatdozenten), die Gründung von Stiftungen, die sich die Forschungsförderung und –finanzierung zur Aufgabe gemacht haben, die Ausbildung des Berufs

---

<sup>1</sup> Als ‚Americanization‘ wird in den USA seit dem frühen 19. Jahrhundert die Akkulturation der Immigranten an ihre neue Umgebung bezeichnet. Unter den Soziologen traten zuerst Robert E. Park und W. I. Thomas mit entsprechender Forschungskonzepte auf. Ironischerweise traten zuletzt allerdings einige amerikanische Autoren mit Warnungen hervor, die vor einer Ent-Amerikanisierung warnen und zum Teil die immigrierenden europäischen Nazi-Flüchtlinge dafür verantwortlich machten, dass beispielsweise die amerikanische Politikwissenschaft verfallen sei: Gunnell 1993 und davor schon Bloom 1987 die diese Warnungen zu einer Zeit aussprechen als in der breiteren Öffentlichkeit die ältere ‚melting pot‘ Vorstellung zugunsten eines Multikulturalismus aufgegeben wurde.

der Forschung initiierenden wissenschaftlich vorgebildeten Experten in Stiftungen, sowie die Schaffung des Forschungsprojekts, also der unter Zeitregime erfolgenden Planung und Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen.

Ich beginne die Analyse damit, Daten zu präsentieren, die mit den Sozialwissenschaften und der Soziologie insbesondere, zuerst einmal gar nichts zu tun haben, wohl aber Veränderungen im sich herausbildenden globalen Wissenschaftssystem gut illustrieren können.

### ***Woher kommen die Nobelpreisträger?***

Im ersten Jahr des 20. Jahrhunderts stiftete der schwedische Industrielle Alfred Nobel einen Teil seines in Militärgeschäften erworbenen Vermögens der nach ihm benannten Stiftung, die seither jährlich Preise für anfangs drei, später vier wissenschaftliche Disziplinen, sowie für Literatur und Frieden vergibt. Diese Preise sind, wohl auch wegen der Höhe der Preisgelder, im Laufe dieses Jahrhunderts zur begehrtesten Auszeichnung geworden und ihre Träger bilden die Elite der Physik, Chemie, Physiologie und Medizin, sowie später dann der Ökonomie. In den ersten acht Jahrzehnten seines Bestehens erhielten insgesamt 360 Wissenschaftler den Preis. Hat sich deren regionale Verteilung im Laufe der Jahre geändert?<sup>2</sup>

Um die Entwicklung einfach analysieren zu können, habe ich den Zeitraum von Beginn bis 1980 in zwei gleich große Perioden geteilt, die grob mit der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und der Zeit danach zusammenfallen (die Ökonomiepreise bleiben, weil sie erst seit 1969 vergeben wurden, in dieser Analyse unberücksichtigt, was die Gesamtzahl der hier analysierten Preisträger auf 342 reduziert). Es wurden nicht jedes Jahr Preise vergeben, vor allem während der beiden Kriege gab es kaum Verleihungen, und es wurde gelegentlich mehr als ein Preisträger auserkoren. Eine Ausweitung der Analyse bis in die Gegenwart hätte an dem Bild indes nichts wesentliches geändert, unterblieb aber wegen der leichteren Vergleichbarkeit der beiden Perioden. (s. Tab. 1.1)

Als erstes zeigt sich, dass im Verlauf der acht Jahrzehnte die Teilung der Preise immer häufiger wurde. Nur ein gutes Drittel aller Preisträger (128 oder 37%) erhielt den Nobelpreis in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Zum Teil war die Mehrfachverleihung darauf zurückzuführen, dass zwei oder mehr Forscher für eine Entdeckung verantwortlich waren; in vielen Fällen scheint es aber eher so gewesen zu sein, dass zwei oder drei Preisträger nominiert

---

<sup>2</sup> Es geht im folgenden nicht um eine nationalstaatliche Zuordnung der Preisträger, sondern um die Wirkungsstätten, wobei mir natürlich klar ist, dass der Ort, an dem jemand zum Zeitpunkt der Preisverleihung tätig war nicht unbedingt auch jener war, an dem die preiswürdige Entdeckung tatsächlich erfolgte.

wurden, um Einseitigkeiten zu vermeiden.<sup>3</sup> Die Zunahme der Mehrfachverleihungen der einen oder anderen Art verweist darauf, dass sich die wissenschaftliche "Ultra-Elite" (Zuckerman 1996) zahlenmäßig verbreiterte. Die jährliche Wahl nur eines Preisträgers wurde daher immer schwieriger und wäre gegenüber den Urhebern anerkannter Leistungen immer ungerechter geworden.

**TABELLE 1.1**  
**NOBELPREISTRÄGER NACH AUFENTHALTSLAND ZUM ZEITPUNKT DER PREISVERLEIHUNG,**  
**VERGLEICH DER PERIODEN VON UND NACH DEM 2. WELTKRIEG**

Land	Physik		Chemie		Medizin		Vor 2. WK		Nach 2. WK		Gesamt	
	1901-1940	1941-1980	1901-1940	1941-1980	1901-1940	1941-1980	Abs.	%	Abs.	%	Abs.	%
USA	6	40	3	22	6	51	15	11,5	113	50,4	128	36,2
Großbritannien	11	11	6	15	6	13	23	17,7	39	17,4	62	17,5
Deutschland	11	3	16	8	8	3	35	26,9	14	6,3	49	13,8
Frankreich	6	2	6		3	4	15	11,5	6	2,7	21	5,9
Schweden	2	1	3	2	1	3	6	4,6	6	2,7	12	3,4
Schweiz	1		3	1	1	4	5	3,8	5	2,2	10	2,8
Russland/SU		7		1	2		2	1,5	8	3,6	10	2,8
Niederlande	4	1	2		2		8	6,2	1	0,4	9	2,5
Dänemark	1	2			3	1	4	3,1	3	1,3	7	2,0
Österreich	2		1		3	1	6	4,6	1	0,4	7	2,0
Belgien				1	2	2	2	1,5	3	1,3	5	1,4
Italien	1			1	1	1	2	1,5	2	0,9	4	1,1
Kanada				1	2	1	2	1,5	2	0,9	4	1,1
Norwegen				1			0	0,0	1	0,4	1	0,3
Spanien					1		1	0,8	0	0,0	1	0,3
Alle anderen	1	3	0	3	1	4	2	1,5	10	4,5	12	3,4
Summe	47	73	40	59	43	92	130	100	224	100	354	100

Quelle: <http://nobel.sdsc.edu> (Eigene Auswertung)

In den acht hier betrachteten Jahrzehnten kamen die Preisträger aus 24 verschiedenen Staaten; da in diesem Zeitraum die Zahl der Staaten dieser Welt ständig zunahm<sup>4</sup>, kann man nur

<sup>3</sup> 1903 bekam das Ehepaar Pierre und Marie Curie den halben Physikpreis "in recognition of the extraordinary services they have rendered by their joint researches on the radiation phenomena discovered by Professor Henri Becquerel;" 1962 wurde der Medizin Preis auf die drei Entdecker der DNA Francis Crick, James Watson und Maurice Wilkins "for their discoveries concerning the molecular structure of nuclear acids and its significance for information transfer in living material" aufgeteilt; 1958 wurde der Preis für Physiologie-Medizin geteilt und die eine Hälfte an George W. Beadle und Edward L. Tatum "for their discovery that genes act by regulating definite chemical events"; und die andere Hälfte allein an Joshua Lederberg vergeben "for his discoveries concerning genetic recombination and the organization of the genetic material of bacteria" während sich 1974 das maximal ungleiche Paar Gunnar Myrdal und Friedrich August von Hayek "for their pioneering work in the theory of money and economic fluctuations and for their penetrating analysis of the interdependence of economic, social and institutional phenomena" den Preis teilen mußten. Die offiziellen Begründungen, aus denen hier zitiert wurde, sind zumindest im Fall des sozialwissenschaftlichen Preises von geringer Aussagekraft.

<sup>4</sup> Als Näherungswert kann die Mitgliederzahl des Völkerbundes (1919: 42) und der Vereinten Nationen (1946: 55, 2000: 188) dienen. Zu jedem Zeitpunkt gab es einige Staaten, die nicht Mitglieder einer der beiden Organisationen waren.

ungefähre Relationen herstellen. Es dürfte nicht falsch sein zu behaupten, dass zu jedem Zeitpunkt des 20. Jahrhunderts 9 von 10 Ländern keine Preisträger stellten. Ein genauere Blick zeigt das: die USA, das Vereinigte Königreich, Deutschland und Frankreich stellen mehr als drei Viertel aller Preisträger aus den drei hier berücksichtigten Disziplinen. Die oligopolartige Vormachtstellung der Großen verstärkte sich im Laufe des 20. Jahrhunderts. Während die „großen Vier“ vor dem Zweiten Weltkrieg nur 69 Prozent der Nobelpreisträger beheimateten, stieg dieser Wert in der zweiten Periode auf 80 Prozent an.

Als nahezu spektakulär können die Verschiebungen der Anteile der Preisträger zwischen den führenden Nationen bezeichnet werden. Während in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg die USA gemeinsam mit Frankreich mit jeweils fast 12 Prozent an dritter Stelle der Preisträger lagen und die führende Nation damals Deutschland war, wo fast jeder dritte Nobelpreisträger tätig war, hat nach 1945 nahezu jeder zweite Nobelpreisträger eine amerikanische Universität oder Forschungsstätte zum Arbeitsplatz. Deutschland fällt in dieser Zeit weit abgeschlagen auf den dritten Platz zurück; ähnlich Frankreich, das nach dem Zweiten Weltkrieg nur magere drei Prozent der Preisträger stellt. Einzig Großbritanniens Wissenschaftler können auch nach 1945 ihren Anteil halten (jeweils rund 18 % aller Preisträger leben dort).

Die Ursachen dieses wissenschaftlichen Konzentrationsprozesses lassen sich mit wenigen Worten nicht benennen. Wegen der sehr starken Sichtbarkeit der Nobelpreise wird man nicht in Abrede stellen können, dass der Preis ein geeigneter Indikator für das zu zugrunde liegende Phänomen der Allokation wissenschaftlichen Personal ist. Obwohl es nicht ganz klar ist, aufgrund welcher Kriterien die Preisträger nominiert und ausgewählt werden, kann man erwägen, dass hier der Matthäuseffekt (Merton 1973, 439ff.) in einer modifizierten Form zum Tragen kommt: Länder, die Nobelpreisträger haben, bekommen leichter weitere Preise zugesprochen.<sup>5</sup> Insofern die Verleihung der Nobelpreise selbst soziale Tatsachen schafft, die beispielsweise Noch-nicht-Preisträger dazu veranlassen, ihr Karriereplanung an diesem Belohnungssystem zu orientieren, mag die Schaffung dieses Preises und seine rasche Anerkennung als „Zahlungseinheit“ für wissenschaftliche Reputation den räumlichen Konzentrationsprozess von Wissenschaftlern beschleunigt haben. Naheliegenderweise könnte man annehmen, dass Wissenschaftler, die an die Spitze gelangen wollen, alles unternehmen, um an eine der Forschungsstätte zu gelangen, die schon Nobelpreisträger hervorgebracht hat; man könnte von einem wissenschaftlichen *band wagon effect* sprechen, der dazu führt, dass sich der ambitionierte

---

<sup>5</sup> Auf eine andere Art von Selektivität weist Bunge 1999, 149f. hin, wenn er meint, dass die beiden englischen Naturwissenschaftler J.D. Bernal und J.B.S. Haldane den Preis nur wegen ihrer Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei nicht erhalten hätten.

wissenschaftliche Nachwuchs darum bemüht, in die Nähe der Stars seiner Disziplin zu gelangen. Weil dadurch hoch motivierte Jungwissenschaftler an gut ausgestattete Arbeitsstätten gelangen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass diese selbst gut wissenschaftlich arbeiten, gleichgültig ob sie nun unter den Fittichen der Nobelpreisträger Platz finden oder nur in der Nähe arbeiten.

Um diese Vermutung zu prüfen, kann man die Geburtsländer der Preisträger mit den Aufenthaltsländern zum Zeitpunkt, zu dem sie den Preis bekamen, vergleichen. (s. Tab. 1.2) Die Nobelpreisträger wurden in 34 verschiedenen Staaten geboren. Verständigungsschreiben über die Auszeichnung mussten allerdings nur in 24 Länder verschickt werden.

Der größte Wanderungsgewinner sind die USA, die über den Zeitraum von acht Jahrzehnten hinweg zu den 27 Prozent aller Nobelpreisträger, die in den USA geboren wurden, weitere zehn Prozent Zuwanderer verzeichnen. Dieser Zugewinn wurde erst in der zweiten Hälfte des hier betrachteten Zeitraums realisiert. (Vor 1940 arbeiteten nur zwei Nobelpreisträger in den USA, die nicht auch dort geboren wurden, während nach dem Zweiten Weltkrieg 33 nicht in den USA Geborene zu den 80 in den USA Geborenen hinzukamen.<sup>6</sup>) Geringere Wanderungsgewinne weist Großbritannien auf, wobei sich diese über den gesamten Zeitraum recht gleichmäßig verteilen und sich zum größten Teil aus den ehemaligen Kolonien und überseeischen Territorien des Commonwealth rekrutieren. Die größten Wanderungsverlierer sind Deutschland und Österreich. Deutschland exportierte über den gesamten Zeitraum 11 Nobelpreisträger und Österreich 8. Der Grund dafür ist leicht zu benennen: Die Nazidiktatur und die von ihr betriebene Vertreibung jüdischer Gelehrter. Das ist wahr, aber nicht die ganze Wahrheit. Vor dem Zweiten Weltkrieg war die Zahl der in Deutschland geborenen gleich der Zahl der dort tätigen Nobelpreisträger, aber Österreich verzeichnete schon damals eine Abwanderung von Wissenschaftler, die man nicht allein auf politische oder rassistische Verfolgung zurückführen wird können.

Die Daten für die in beiden Weltkriegen neutralen Staaten Schweiz und Schweden, aber auch die für Frankreich zeigen, dass diese Staaten nahezu keine Wanderungsverluste erfuhren; mit anderen Worten, es fehlten "push"-Faktoren und die „pulls“ in die USA hielten sich in Grenzen. Die weit verbreitete Sicht, es habe sich bei der Wanderung in die USA in bedeutsamer

---

<sup>6</sup> Das jüngst veröffentlichte American National Biography (Garraty & Carnes 1999) weist einen weit geringeren Anteil nicht in den USA Geborener auf (19%), wobei zu bedenken ist, dass darin Prominente ganz unterschiedlicher Tätigkeitsfelder - von Zauberern, Gangstern, bis zu Präsidenten, Sängern und Nobelpreisträgern - berücksichtigt wurden.

Im 20. Jahrhundert erlebten die USA einen grundlegenden Wandel der sozialen Zusammensetzung der Immigranten: Rückläufige Zahlen für unqualifizierte und rapide steigende Zahlen für höher und höchst Qualifizierte. Vgl. Adams 1968.

Weise um eine vom "push"-Typ gehandelt, findet Unterstützung, wenn man zwei andere Länder betrachtet, die relativ starke Wanderungsverluste zu verzeichnen hatten: Polen und Ungarn "produzierten" 4 bzw. 6 spätere Nobelpreisträger, doch kein einziger Ungarn und nur ein Pole erhielten den Preis in ihrem Heimatland. Beide Länder erlebten über längere Jahre hinweg fremde Besatzung und Diktaturen. Beides trieb offenkundig Intellektuelle außer Landes. Hätte es sich bei der hier interessierenden Wanderung vorrangig um die Wirkung der Attraktivität des neuen Zentrums des globalen Wissenschaftssystems gehandelt, hätten auch aus Ländern, die von den politischen Stürmen des 20. Jahrhunderts weniger betroffen waren, Abwanderungen in die USA stattfinden müssen. Insofern das selten der Fall war, wird man die Migration von Angehörigen der Ultra-Elite als vorrangig von politischen und sekundär von Einflüssen veranlasst betrachten müssen, die mit den Arbeitsbedingungen von Wissenschaftlern zu tun haben.

**TABELLE 1.2**  
**MIGRATION VON NOBELPREISTRÄGERN, AUSGEWÄHLTE LÄNDER**

Land	1901-40				1941-80				1901-80			
	Geburtsland		Aufenthaltsland		Geburtsland		Aufenthaltsland		Geburtsland		Aufenthaltsland	
USA	13	9,4%	15	11,5%	80	32,8%	113	50,4%	93	24,3%	128	36,2%
Großbritannien	20	14,5%	23	17,7%	31	12,7%	39	17,4%	51	13,4%	62	17,5%
Deutschland	35	25,4%	35	26,9%	25	10,2%	14	6,3%	60	15,7%	49	13,8%
Frankreich	13	9,4%	15	11,5%	8	3,3%	6	2,7%	21	5,5%	21	5,9%
Schweden	5	3,6%	6	4,6%	4	1,6%	6	2,7%	9	2,4%	12	3,4%
Schweiz	3	2,2%	5	3,8%	5	2,0%	5	2,2%	8	2,1%	10	2,8%
Russland/SU	2	1,4%	2	1,5%	10	4,1%	8	3,6%	12	3,1%	10	2,8%
Niederlande	8	5,8%	8	6,2%	2	0,8%	1	0,4%	10	2,6%	9	2,5%
Dänemark	4	2,9%	4	3,1%	2	0,8%	3	1,3%	6	1,6%	7	2,0%
Österreich	8	5,8%	6	4,6%	7	2,9%	1	0,4%	15	3,9%	7	2,0%
Belgien	2	1,4%	2	1,5%	1	0,4%	3	1,3%	3	0,8%	5	1,4%
Italien	3	2,2%	2	1,5%	4	1,6%	2	0,9%	7	1,8%	4	1,1%
Kanada	1	0,7%	2	1,5%	1	0,4%	2	0,9%	2	0,5%	4	1,1%
Norwegen	0	0,0%	0	0,0%	3	1,2%	1	0,4%	3	0,8%	1	0,3%
Spanien	1	0,7%	1	0,8%	1	0,4%	0	0,0%	2	0,5%	1	0,3%
Alle anderen	10	7,2%	2	1,5%	30	12,3%	10	4,5%	40	10,5%	12	3,4%
Summe	138	100,0%	130	100%	244	100,0%	224	100%	382	100,0%	354	100%

Quelle: <http://nobel.sdsc.edu> (Eigene Auswertung)

Dass die großen Nationen ihre Vormachtstellung vor allem in den Wissenschaften ausbauen, wird deutlich, wenn man die Nobelpreise für Literatur und Frieden betrachtet. Zwar stellen auch dort die "großen Vier" die Hälfte aller Preisträger, aber ihr Anteil veränderte sich im Zeitverlauf nicht. Nur in der Literatur und bei der Erhaltung des Friedens hatten "kleinere" Länder eine Chance, Preisträger hervorzubringen.

Die Daten über die regionale Verteilung der Nobelpreisträger für Physik, Chemie, Physiologie-Medizin zeigen, dass im Verlauf des 20. Jahrhunderts zunehmend mehr Spitzenwissenschaftler am Höhepunkt ihrer Karriere einen Arbeitsplatz in den USA hatten. Deren Zugewinn auf die Vertreibung von Wissenschaftlern aus dem Europa unter Nazi-Herrschaft zurückzuführen, wird in der oft berichteten Anekdote über einen amerikanischen Universitätspräsidenten zum Ausdruck gebracht: "Hitler shakes the tree and I collect the apples" (Fermi 1971, 78). Ob diese Sichtweise, die unter jenen weit verbreitet war, denen Privileg und Bürde der Zeitzeugenschaft zufiel, zutreffend ist, wird zu diskutieren sein.

Die Stiftung der Nobelpreise und deren rasche Anerkennung als Zahlungseinheit im globalen Wissenschaftssystem wirft Licht auf dieses selbst. Falls man nicht behaupten will, dass dieser Preis zur Schaffung eben jenes, die ganze Welt umfassenden Systems wissenschaftlicher Kooperation und Konkurrenz wesentlich beigetragen hat, kann man zumindest sagen, dass es dieses symbolisiert. Alle spielen in der selben Liga nach den gleichen Regeln und ein Mal jährlich wird nicht nur verkündet, wer der Sieger ist, sondern auch registriert, wo dieser seinen Wohnsitz hat (und nur Verlierer versuchen dann manchmal mit einem "aber geboren wurde er bei uns" am Prestige mitzunaschen). Frieden stiften und schöne Literatur schreiben kann man auch außerhalb der Zentren und wenigstens im letztgenannten Feld agieren die Preisrichter gelegentlich auch als Entwicklungshelfer. Nicht so hingegen bei den wissenschaftlichen Preisen.

Wenig verwunderlich ist die anfängliche Auswahl der Disziplinen, die für preiswürdig gehalten wurde; der Erfinder und Industrielle Nobel hatte eine klare Vorstellung vom Nützlichen und Erbaulichen und davon, wem er Abbitte zu leisten habe. Die Verwalter der Preisgelder bekamen hingegen schon bald Probleme mit der Klassifikation: Wohin mit der Biologie und Mathematik und später dann mit den sich weit ausfächernden biologischen Wissenschaften? Solange es sich um Weiterentwicklung von naturwissenschaftlichen Fächern handelte, definierten die Preisrichter das Neue ein wenig um und inkludierten es unter alten Titeln. Ganz anders bei den Geisteswissenschaften, die gelegentlich unter dem Mantel der Literatur Platz fanden,<sup>7</sup> und den Sozialwissenschaften, für die erst die ergänzende Spende eines anderen Wohltäters der Wissenschaften wenigstens für die Ökonomie diese Art von Anerkennung etablieren konnte. Ob in ihrem Fall immer zu ihrem Besten, sei dahingestellt. Jedenfalls wurde durch die Schaffung des

---

<sup>7</sup> Während der Literaturnobelpreis im Fall Theodor Mommsens einen akademischen Historiker auszeichnete, ging ein anderer Literaturpreis an den Autor einer Geschichte der Zweiten Weltkrieges, der dessen Verlauf als Politiker wesentlich beeinflusste: Winston Churchill. Ironischerweise erhielt Bertrand Russell den Preis nicht für seine Ko-Autorenschaft an der Principia Mathematica, sondern 1950 den Literaturnobelpreis „in recognition of his varied and significant writings in which he champions humanitarian ideals and freedom of thought“, <http://www.nobel.se/literature/laureates/1950/> 12. Dezember 2002.

Ökonomiepreises die Mathematik in Form der Spieltheorie preiswürdig. Dass die für den Nobelpreis ausgewählten Disziplinen eine weltweit anerkannte Prestige-Hierarchie bilden, kann wohl nicht bestritten werden. Die langjährige Versuche der Ökonomen die Vormachtstellung unter den Sozialwissenschaften zu erobern, wurden durch die Stiftung des Nobelpreises jedenfalls nicht erschwert.

Die Konkurrenz erfolgt jedoch nicht nur unter Fachkollegen, sondern auch um die Gunst des breiteren Publikums. Beim alljährlichen Rummel um die Bekanntgabe der Preisträger kann man die Aufgeregtheit der Literaten und ihres Anhangs von jener der Wissenschaftler schon fast nicht mehr unterscheiden. Das Wettstreifen um diesen und jene Preise, die als alternativer Nobelpreis, als der Nobelpreis des Landes X oder der der Architektur firmieren, wurde rasch auch zu einem nationalstaatlichen. Die vehementen Attacken der Nazis gegen das Nobelkomitee und wenig später die Expropriation einiger Preisträger waren primär Ausdruck nationaler Gekränktheit. Als sich das Nobelkomitee, in den Augen eines Goebbels: erdreiste, 1935 dem Pazifisten und Schriftsteller Carl von Ossietzky durch die Verleihung des Friedensnobelpreises zur Hilfe kommen zu wollen, bot das den Anlass zur Inszenierung einer der typischen Nazi-Propaganda-Kampagnen gegen das Ausland, die ‚rassisches‘ und nationales Verlierertum kaschieren sollten. Die Verleihung des Physiknobelpreises 1933 an Erwin Schrödinger, der nach der Nazi-Machtergreifung emigriert war, hatte das neue Deutschland wohl ebenso geschmerzt, führte aber damals noch nicht zu einer Anti-Nobel-Propaganda. Erst die Preisverleihung an Ossietzky und der merkliche Rückgang von Wissenschaftspreisen an Deutsche während des ersten Jahre des Dritten Reiches verärgerte dessen Potentaten.<sup>8</sup>

Gab es in den Sozialwissenschaften vergleichbare Entwicklungen, die dazu beitrugen, dass die USA im Verlauf der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die führende Stelle im globalen Wissenschaftssystem zu erklimmen vermochten?

---

<sup>8</sup> Nach 1933 erhielten von den „Daheimgebliebenen“ die Mediziner Hans Spemann 1935 und Gerhard Domagk 1939, die Chemiker Richard Kuhn 1938 und Adolf Butenandt 1939 sowie der Physiker Otto Hahn 1944 den Preis; im selben Zeitraum erhielten außer Schrödinger noch folgende Deutsche und Österreicher, die aus dem einen oder anderen Grund nicht in das arische Weltbild der Nazis passten -- zumeist weil sie nach den Kriterien der Nürnberger Rassegesetze Juden und weniger weil sie politische Opponenten waren -- Nobelpreise: Otto Loewi, Otto Stern und Wolfgang Pauli.

## *Internationale Verteilung der Sozialwissenschaftler*

Nicht nur weil es (abgesehen von dem spät gestifteten Ökonomiepreis) keinen Nobelpreis für die Sozialwissenschaften gibt<sup>9</sup>, muss eine vergleichbare Analyse der internationalen Verteilung führender Soziologen mit weicheren Daten versucht werden. Eine auf hundert Mitglieder beschränkte internationale Wissenschaftlerorganisation und die Verteilung der Mitarbeiter zweier Enzyklopädien der Sozialwissenschaften können die Verhältnisse in diesen Disziplinen beleuchten.

Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhundert wurde ein *Institut International de Sociologie* (IIS) gegründet und 1930 und 1968 erschien jeweils eine umfangreiche Enzyklopädie der Sozialwissenschaften. Eine quantitative Auswertung der Mitglieder des IIS bzw. der Mitarbeiter der beiden Enzyklopädien soll helfen, die Frage zu prüfen, ob die Konzentration auch in den Sozialwissenschaften stattfand.

Das IIS, dem in der Literatur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, ist in doppelter Weise von Interesse. Zum einen war es die erste internationale (multi-linguale) Organisation, die Sozialwissenschaftler unter dem Titel Soziologie versammelte, und zum anderen kann eine Analyse seiner Mitgliedschaft Hinweise zur Geschichte der Institutionalisierung der Soziologie liefern. 1893 von René Worms (1869-1926) gegründet, veranstaltete das IIS bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs regelmäßig *Internationale Kongresse für Soziologie* über die in den *Annales* des IIS berichtet wurde. Worms zeichnete außerdem für die Redaktion der *Revue Internationale de Sociologie* verantwortlich.<sup>10</sup>

Die Zusammensetzung der Mitglieder, die, wie das bei Akademien und vergleichbaren Institutionen üblich war, auf jeweils 100 ordentliche und assoziierte beschränkt war,<sup>11</sup> spiegelt die Gesamtheit der um die letzte Jahrhundertwende tätigen Soziologen nicht wider, weil es Worms nicht gelang, alle Kollegen für sein Unternehmen zu gewinnen. Vor allem die Durkheimiens

---

<sup>9</sup> Der Umstand, dass mit Jane Addams 1931 eine Soziologin einen Nobelpreis (für Frieden, gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten der Columbia University, New York, Nicholas Murray Butler) verliehen bekam, wurde von Soziologehistorikern weitgehend ignoriert. Merkwürdigerweise erwähnt Dorothy Ross in ihrem Beitrag, der sich vor allem darum bemüht, Addams als Urheberin eines „anderen Weg(es) der Soziologie“ (152), gar eines eigenen „Paradigmas“ (150), als wegen ihres Geschlechts missachtete Theoretikern darzustellen, den Nobelpreis nicht, Ross 1998. Alva Myrdal, die man durchaus auch zu den Soziologinnen rechnen kann, erhielt ebenfalls den Friedensnobelpreis, 1982 für ihre Aktivitäten im Zusammenhang mit Rüstungsbeschränkungen und der Friedensforschung, <http://www.nobel.se/peace/laureates/1982/index.html/> 12. Dezember 2002.

<sup>10</sup> Worms leitete in Paris noch die *Société de Sociologie* und edierte die *Bibliothèque Sociologique Internationale*, in der in mehr als 50 Bänden u.a. französische Übersetzungen von Werken der Mitglieder des IIS erschienen. Vgl. Clark 1973, 147ff.

<sup>11</sup> 32 ordentliche und 14 assoziierte Mitglieder waren zum Zeitpunkt der Erstellung des Verzeichnisses bereits verstorben.

blieben dem IIS fern. Dass die Franzosen dennoch die größte nationale Gruppe bildeten, war zuerst wohl der Nationalität des Gründers zu verdanken kann aber auch damit in Zusammenhang gebracht werden, dass die lingua franca im IIS Französisch war. Drei der vier großen Wissenschaftsnationen, die wir bei den Nobelpreisträgern identifiziert haben, rangieren auch unter den IIS Mitglieder weit vorne. Nur die USA, die sich bei den drei Nobelpreisen in der ersten Periode (von 1901 bis 1940) mit Frankreich den dritten Platz (mit jeweils 15 Preisträgern) teilen mussten (in dieser Zeit ging Platz 1 an Deutschland mit 35 und Platz 2 an Großbritannien mit 22 Preisträgern), rangieren bei den Mitgliedern des IIS mit nur 14 Mitgliedern (6%) erst an sechster Stelle – hinter Russland! (siehe Tabelle 1. 3) Das “international” im Titel hätte also zutreffender durch “europäisch” ersetzt werden sollen, aber weil das nicht geschah, kann man darin einen Hinweis erblicken, dass an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert die Europäer sich noch fraglos als das Zentrum der ganzen wissenschaftlichen Welt sahen.

**TABELLE 1.3**  
**VERTEILUNG ALLER MITGLIEDER DES IIS AUF LÄNDER UND DISZIPLINEN**

LAND	RECHT	ÖKONO- MIE	SOZIOLO- GIE	PHILO- SOPHIE	ANDERE DISZ.	OHNE FACH	GESAMT	
Frankreich.....	1	9	11	4	1	6	38	16,6%
England.....	3	8	13	2	1	3	34	14,8%
Italien.....	12	6	3	2	1	5	33	14,4%
Deutschland.....	0	11	0	4	0	2	19	8,3%
andere europ. ....	2	2	2	3	1	4	16	7,0%
Russland.....	2	2	0	1	1	6	15	6,6%
USA.....	0	1	9	0	0	2	14	6,1%
Belgien.....	4	2	3	1	0	2	14	6,1%
Spanien.....	6	1	1	0	0	3	13	5,7%
Österreich.....	1	3	1	3	0	0	9	3,9%
Südamerika.....	4	0	2	0	0	3	9	3,9%
Ungarn.....	2	1	0	3	0	1	7	3,1%
Schweiz.....	0	1	2	2	0	1	6	2,6%
(Klein-)Asien.....	0	0	2	0	0	0	2	0,9%
Gesamt.....	37	47	49	25	33	38	229	
	16,2%	20,5%	21,4%	10,9%	14,4%	16,6%		

Anmerkung : Die Zuordnung zu Ländern erfolgt auf der Basis der Ländergrenzen nach Ende des Ersten Weltkrieges.  
 „Andere europäische Länder“ umfasst Polen (3 Mitglieder), Portugal und Tschechoslowakei (je 2), sowie Bulgarien, Dänemark, Finnland, Jugoslawien, Niederlande, Norwegen, Schweden (je 1 Mitglied).  
 Quelle: Annales de l'institut international de sociologie. Tome XIV, Paris: M. Giard & E. Brière 1913.

Die knappen biografischen Angaben,<sup>12</sup> die in dem Mitgliederverzeichnis publiziert wurden, ermöglichen eine Analyse der disziplinären Herkunft der Proponenten der damals noch jungen

<sup>12</sup> Die Einträge, die der folgenden Auswertung zugrunde liegen, lauten beispielsweise folgendermaßen: „GIDDINGS (Franklin Henry), professeur de sociologie à la Faculté des sciences politique de L'Université de Colombie à New-York, ancien président de la Société américaine de sociologie. Vice-Président en 1901 - Président en 1913“ oder „GUMFLOWICZ (Louis), professeur de sciences politiques à L'Université de Gratz. Vice-Président en 1895“ oder als Beispiel für ein assoziiertes Mitglied: « WEBER (Max), professeur honorair d'économie politique à L'Université d'Heidelberg, membre du bureau de la Société allemande de sociologie.“ *Annales de l'institut international de sociologie*, Tome xiv, Paris: Giard 1913, 11ff.

Soziologie<sup>13</sup>: Die größte Gruppe sah ihre disziplinäre Identität bereits in der Soziologie, gefolgt von der Gruppe der Nationalökonominnen und Vertretern juristischer Fächer (einschließlich der Politikwissenschaft), die sich alle auch als Soziologen sahen. Jedenfalls sollte man aus ihrer Mitgliedschaft im IIS auf eine solche Partialidentität schließen dürfen. Zu berücksichtigen ist hier aber, dass die Wahl einer Berufs- oder genauer einer Positionsbezeichnung sehr selten autonom erfolgt. Deshalb sagen soziologie-freie Stellenbezeichnungen nur insoweit etwas über die disziplinäre Selbstwahrnehmung ihres Inhabers aus, als wir auch für die Gruppe der Wissenschaftler annehmen, dass deren Selbst eines des *looking glass self*- Typs ist (Cooley [1902] 1983, 168ff). Stellenbezeichnungen (oder genauer die Häufigkeit, mit der sie auftreten) sind Eigenschaften eines Kollektivs in dem Sinne, dass beispielsweise das völlige Fehlen von universitären Positionen eines bestimmten Namens den Schluss zulässt, es gäbe zumindest zu diesem Zeitpunkt in jenem Land diese Disziplin noch nicht.

Aufschlussreich für den unterschiedlichen Grad der Institutionalisierung ist schließlich der Vergleich hinsichtlich der Verankerung, die die Mitglieder des IIS der Jahrhundertwende innerhalb oder außerhalb der Universitäten hatten. Während 35 (von 37) Juristen, 44 (von 47) Nationalökonominnen und 22 (von 25) Philosophen eine Universitätsstelle hatten, sind nur 26 (von 49) derer, die eine soziologische Positionsbezeichnung aufweisen, universitär verankert. Im Vergleich der Ländern untereinander wird der Unterschied noch deutlicher: Während z.B. alle Soziologen aus den USA eine Universität als Tätigkeitsfeld hatten, gab es 1913 noch keinen Deutschen, der sich selbst als Soziologe bezeichnete und eine Stelle an einer Universität hatte; 13 Briten identifizierten sich als Soziologen, wovon aber nur 2 eine universitäre Position hatten. Tabelle 1.4 weist die kumulierten Daten für die verschiedenen Herkunftsländer aus, wobei der hohe Anteil universitär verankerter IIS Mitglieder in Italien, Belgien und Deutschland hervorsticht, in letzterem Fall jedoch, wie erwähnt, vornehmlich so genannte „Auch“-Soziologen (Fleck 1990).

Am Beginn des zweiten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts weist die Gruppe der rund 200 internationalen Soziologen eine breite Streuung über Nationen und Disziplinen auf. In einigen Ländern lehrten sie das neue Fach unter diesem Namen an Universitäten, in anderen blieb die „kognitive“ Verselbständigung des Faches umstritten, wiederum anderswo misslang die universitäre Verankerung. In vielen Ländern beherrschten „Auch“-Soziologen die nationalen

---

<sup>13</sup> Auf den Kongressen wurde deswegen auch regelmäßig über Gegenstand, Methode und Abgrenzung der Soziologie debattiert und mehr als einmal trat ein Mitglied mit dem Vorschlag hervor, die neue Disziplin anders zu nennen. Natürlich drückte sich darin auch die Opposition gegen Durkheim aus.

soziologischen Gesellschaften und nicht immer und überall wurden aus jenen "reine" Soziologen und diesen professionelle Organisationen. Was immer im einzelnen die Gründe gewesen sein

**TABELLE 1.4**  
**VERTEILUNG ALLER IIS MITGLIEDER NACH UNIVERSITÄTSVERANKERUNG UND NACH LÄNDERN**

LAND	UNIVERSITÄR		NICHT- UNIVERSITÄR		GESAMT	
Frankreich.....	21	9,2%	17	7,4%	38	16,6%
England.....	17	7,4%	17	7,4%	34	14,8%
Italien.....	25	10,9%	8	3,5%	33	14,4%
Deutschland.....	17	7,4%	2	0,9%	19	8,3%
andere europäische	9	3,9%	7	3,1%	16	7,0%
Russland.....	8	3,5%	7	3,1%	15	6,6%
USA.....	12	5,2%	2	0,9%	14	6,1%
Belgien.....	12	5,2%	2	0,9%	14	6,1%
Spanien.....	11	4,8%	2	0,9%	13	5,7%
Österreich.....	7	3,1%	2	0,9%	9	3,9%
Südamerika.....	6	2,6%	3	1,3%	9	3,9%
Ungarn.....	6	2,6%	1	0,4%	7	3,1%
Schweiz.....	5	2,2%	1	0,4%	6	2,6%
(Klein-)Asien.....	2	0,9%	0	0,0%	2	0,9%
Gesamt.....	158	69,0%	71	31,0%	229	

Anmerkung : Die Zuordnung zu Ländern erfolgt auf der Basis der Ländergrenzen nach Ende des Ersten Weltkrieges.  
 „Andere europäische Länder“ umfasst Polen (3 Mitglieder), Portugal und Tschechoslowakei (je 2), sowie Bulgarien, Dänemark, Finnland, Jugoslawien, Niederlande, Norwegen, Schweden (je 1 Mitglied).  
 Quelle: Annales de L'institut international de sociologie. Tome XIV, Paris: M. Giard & E. Brière 1913

mögen, Soziologie nicht als universitäre Einzeldisziplin fördern zu wollen oder durchsetzen zu können (siehe: (Käsler 1981, Fleck 1990) – um 1910 hatte die amerikanische Soziologie bereits einen Vorsprung errungen, weil dort das Fach als selbständiges Unternehmen existent war, seine Proponenten obendrein an prominenten Universitäten lehrten und sich die Soziologen mit einer eigenen professionellen Vereinigung im Konzert der Sozialwissenschaften einen unverwechselbaren und von den Nachbarn nicht in Zweifel gezogenen Platz erobert hatten. Die Soziologen des Landes, das später für diese Disziplin in verschiedenerlei Hinsicht modellbildend werden sollte, waren schon damals deutlich anders konturiert als ihre europäischen Pendants: Von den 14 amerikanischen IIS-Mitgliedern waren 9 Universitätsprofessoren für Soziologie.<sup>14</sup> Aus keinem anderen Land kam eine vergleichbar große Zahl sich selbst als Soziologen

<sup>14</sup> Darunter die bekannten Namen aus der Gründergeneration der amerikanischen Soziologie (vgl. Ross 1991): Charles A. Ellwood, Franklin H. Giddings, Edward A. Ross, Albion W. Small, Lester F. Ward und William G. Sumner, die alle in der Frühzeit auch Präsidenten der 1905 gegründeten American Sociological Society [heute: Association] waren. Dazu kamen noch zwei weitere Prominente der Sozialpsychologie James Baldwin und der Ökonom Thorstein Veblen, sowie zwei ehemalige Minister und der langjährige Präsident der Rockefeller Foundation George E. Vincent, sowie drei später nicht mehr sehr bekannte Professoren der Soziologie, Geschichte und politischen Wissenschaft.

Da die ersten beiden Generationen der amerikanischen Soziologie gut dokumentiert sind, kann man die Repräsentativität des IIS bezogen auf diese Nation prüfen. Nur Charles H. Cooley war nicht Mitglieder.

Bezeichnender und universitär Verankerter.<sup>15</sup> Vor dem Ersten Weltkrieg – danach versank das IIS zunehmend in Bedeutungslosigkeit – war die sozialwissenschaftliche Elite, die im IIS versammelt war, regional nicht konzentriert und disziplinär noch äußerst heterogen. Allerdings zeichnete sich die Vorrangstellung der amerikanischen Soziologen, die seit 1905 über eine eigene professionelle Organisation verfügten, schon ab: Sie lehrten an Universitäten oder betraten, wie George E. Vincent nach einer akademischen Karriere das Feld der Wissenschaftsadministration. Keinem dieser frühen amerikanischen Soziologen wurde die Ehre zuteil, als Klassiker der Soziologie bezeichnet zu werden, aber um zum Disziplinbauer zu werden, sind offenkundig andere Qualitäten nötig.

### ***Enzyklopädien im Vergleich***

Nicht ganz zwei Jahrzehnte nachdem das IIS seinen 20-Jahr-Rückblick veröffentlicht hatte, erschienen die ersten Bände der *Encyclopedia of the Social Sciences*. An dieser Publikation ist mehrerlei bemerkenswert. Zum Vergleich sei die Entstehungsgeschichte des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften hier kurz geschildert, das gelegentlich als Vorbild des späteren Unternehmens bezeichnet wird, diesem jedenfalls zeitlich voranging. In einem "In memoriam" überschriebenen Vorwort zur 4. Auflage des Handwörterbuchs berichtet 1923 Ludwig Elster, der einzige Überlebende des ursprünglichen Herausgebertrios, über die Entstehung:

"Am 25. März 1888, in einer kleinen Abendgesellschaft in meinem elterlichen Hause hier in Jena, trug mir Gustav Fischer den Plan des ‚Handwörterbuchs‘ vor und bat mich um meine Unterstützung. ... Zugleich hob Fischer hervor, dass er entscheidenden Wert auf [Johannes] Conrads Mitarbeit lege. Sein Name sei insbesondere für das Ausland wichtig, durch die ‚Jahrbücher [für Nationalökonomie und Statistik]‘ sei Conrad überall bekannt..."

Letztlich kam das Handwörterbuch – vor dessen Realisierung der umworbene Conrad in einem Brief an den Verleger Fischer unter anderem mit dem Hinweis gewarnt haben soll, dass Fischer "ein gutes Geschäft machen würde, wenn er 30 000 M. an die Armenkasse schenkt und das Unternehmen auf sich beruhen lassen würde" (ebd.) - zustande, weil ein Verleger das Risiko und drei Professoren die Arbeit auf sich nahmen.<sup>16</sup> Zwischen 1890 und 1894 erschien die sechsbändige 1. Auflage; schon vier Jahre nach Vollendung der ersten Auflage kam eine 2., auf sieben Bände erweiterte Auflage heraus, deren letzter Band 1901 erschien. Wiederum acht Jahre danach folgte die 3. Auflage. Es sollte dann allerdings 12 Jahre dauern, bis die 4. Auflage in Druck gehen konnte. Zu den Beiträgern zählten Universitätslehrer, Verwaltungsbeamte und

---

<sup>15</sup> Die belgischen IIS Mitglieder, die sich ebenfalls zu einem sehr hohen Anteil aus den Universitäten rekrutierten, verteilten sich weit mehr auf die benachbarten Disziplinen Ökonomie und Jura.

<sup>16</sup> In keinem der Vorworte zum Handwörterbuch wird irgendeinem Mitarbeiter gedankt. Ob das als Zeichen für deren reale Nichtexistenz gelten darf oder nur ihre Unsichtbarkeit demonstriert, konnte ich nicht feststellen.

freiberufliche Gelehrte deutscher Sprache. Das fremdsprachige Ausland kam nur als Käufer und Leser ins Spiel. Das Handwörterbuch wurde gelegentlich als einseitig ausgerichtet bemängelt; so beklagte sich unter anderem Werner Sombart darüber, dass er nicht zur Mitarbeit eingeladen wurde.<sup>17</sup> Dennoch blieb das Handwörterbuch bis in die 1930er Jahre hinein das Referenzwerk der deutschsprachigen Sozialwissenschaften, die sich allerdings nicht unter diesem Titel versammelten, sondern sich langsam von der alten Staatswissenschaft zugunsten ihrer neuen Einzeldisziplinen verabschiedeten.<sup>18</sup>

Ganz anders als im Fall dieses nahezu lehrbuchartig einzelunternehmerischen Vorgehens verlief die Geschichte der Entstehung der ersten englischsprachigen Enzyklopädie der Sozialwissenschaften, der *Encyclopedia of the Social Sciences* (Seligman & Johnson 1930-35). Parallel initiiert von Professoren verschiedener sozialwissenschaftlicher Fächer wurde das Werk schließlich von Stiftungen finanziert, neben der Carnegie Corporation und der Russell Sage Foundation vor allem von der Rockefeller Foundation bzw. einer ihrer Vorläufer, dem Laura Spelman Rockefeller Memorial, die dem Verlag Macmillan den Großteil des Risikos abdeckten.<sup>19</sup> Institutionelle Unterstützung erfuhr das Vorhaben durch das, ebenfalls aus Mitteln der Rockefeller Foundation finanzierte Social Science Research Council (Fisher 1993) und den dort zusammengefassten professionellen Organisationen aller sozialwissenschaftlichen Disziplinen.<sup>20</sup> In seiner Autobiografie berichtet Alvin Johnson, der redaktionelle Motor hinter der *Encyclopedia*, dass der Mit- und ursprüngliche Hauptherausgeber Edwin R. A. Seligman, der für die "Außenkontakte" zu den Finanziers und den professionellen Organisationen verantwortlich war, vier Monate durch Europa reiste, um Mitarbeiter anzuwerben und den Eindruck zu zerstreuen, es handle sich bei der Enzyklopädie um eine "local American affair" (Johnson 1952, 308). Johnson

---

<sup>17</sup> Lenger 1994. Im Vorwort zur IESS schreibt Johnson im Rückblick auf die Schwierigkeiten der ersten Encyclopedia davon, dass nach dem Ersten Weltkrieg „the social sciences were ridden by cliques grouped around leading authorities ... Those of us who had had experiences on popular encyclopedias thought we knew very well how to deal with them in such a way as to draw all of them into our common project.“

<sup>18</sup> Versuche, die in jüngster Zeit unternommen wurden, eine spezifische deutsche Metadisziplin im Stile der Staatswissenschaften wenigstens deklamatorisch wiederzubeleben, übersehen geflissentlich die lange vor der Nazi-Diktatur – und noch viel länger vor der amerikanischen Besatzungsmission – einsetzende Fragmentierung der deutschsprachigen Sozialwissenschaften (in Fleck 2000 habe ich die Unumgänglichkeit solcher Fragmentierungsprozesse nachzuweisen versucht). Es würde zu weit führen, im einzelnen zu zeigen, wie verschiedene einflussreiche Personen jeweils unterschiedliche Disziplinen zu usurpieren versuchten. Das rasche Ende des *Archivs für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik* im Jahr 1933 – und die Unmöglichkeit, es nach 1945 wieder zum Leben zu erwecken, obwohl der Verleger daran Interesse hatte –, zeigen, dass sich niemand dieses weiten Mantels bemächtigen wollte, als er zweimal billig zu haben gewesen wäre. Wenn Helmut Schelsky für seine Behauptung, vor 1933 seien die Melodie (der Soziologie) alle durchgespielt gewesen und hätten sich als steril erwiesen, das umfassende Konzept der Staats- bzw. Sozialwissenschaften als Beleg gewählt hätte, wäre ihm schwerer zu widersprechen gewesen.

<sup>19</sup> Die Unterstützung die das Laura Spelman Rockefeller Memorial gab, ist in ihrer Höhe nicht verzeichnet, die Rockefeller Foundation bezahlte gemäß ihrer *Annual Reports* zwischen 1929 und 1936 rund \$ 650 000 (= ca. 8,1 Millionen Dollar in 2001 Preisen) für die Herstellung und die Verbreitung der EES.

setzt fort: "It [the Encyclopedia] was (then) recognized as an enterprise of world scholarship, and we could count on the full cooperation of the European faculties."

Das Zustandekommen der *Encyclopedia* kann man als korporativ bezeichnen – und, insofern Gelder von Stiftungen involviert waren, auch als kapitalistisch. Die international rekrutierte Mitarbeiterschaft und die nicht stattgefundene Diskriminierung bestimmter Schulen oder Denkrichtungen – in seiner Autobiografie schildert Johnson, seine einzige diesbezügliche Sorge sei darauf gerichtet gewesen zu verhindern, dass die unter den jungen Redaktionsmitarbeitern häufige Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei einen Niederschlag in den Beiträgen fände – sind weitere markante Unterschiede zum deutschen Handwörterbuch.<sup>21</sup> Die bedeutsamste Differenz betrifft aber den Inhalt: Während das *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* in allen vier Auflagen dem in seinem Titel genannten kognitiven Feld verpflichtet blieb, also jene eigentümliche Mischung aus Historie und Biografien mit juristischen Artikeln bot, die den nationalökonomischen und sozial-statistischen in etwa die Waage hielten, enthielt die *Encyclopedia* nicht nur solche Beiträge, sondern eben auch schon welche aus den neuen Sozialwissenschaften Anthropologie, Psychologie, Soziologie und Politikwissenschaft.

Die Mitarbeiter der *Encyclopedia* stammten, wie Tabelle 1.5 zeigt, zum überwiegenden Teil aus den USA und anderen englischsprachigen Ländern. Ungefähr ein Fünftel der Mitarbeiter kamen aus nicht-englischsprachigen Ländern. Während der fünf Jahre, die es dauerte, bis die fünfzehn Bände der *Encyclopedia* herauskamen (1930-35), änderten sich die Anschriften einiger der deutschsprachigen Mitarbeiter; zum Teil waren sie freiwillig ins Ausland ausgewandert, wie F. A. Hayek, der im Jahr des Erscheinens des ersten Bandes eine Professur an der London School of Economics annahm – zum überwiegenden Teil waren die deutschsprachigen Mitarbeiter aber gezwungen worden, Deutschland zu verlassen oder ihre Emigration stand, wie bei den Österreichern, unmittelbar bevor.

Für die Geschichte der Sozialwissenschaften sind die Jahre, in denen die *Encyclopedia* erschien, sozusagen die Wasserscheide. Ab diesem Zeitpunkt übernahmen die USA die führende Rolle in quantitativer Hinsicht und bestimmte die Richtung, die die sozialwissenschaftlichen Disziplinen nehmen sollten. Die Abwanderung aus Mitteleuropa war nicht nur eine vom "push"-Typ, sondern wies auch deutliche "pull"-Faktoren auf. Zu letzteren gehört nicht nur die individuell wahrgenommene höhere Attraktivität englischer und amerikanischer

---

<sup>20</sup> Dazu gehörten die Vereinigungen der Historiker, Politikwissenschaftler, Ökonomen, Soziologen, Psychologen, Anthropologen und Statistiker.

<sup>21</sup> Selbstverständlich finden sich auf den Vorsatzblättern der *Encyclopedia* die Namen aller redaktionellen und administrativen Mitarbeiter angeführt.

Forschungsstätten, sondern die größere Offenheit gegenüber dem fremdsprachigen Ausland in den USA und die dort vorhandene kosmopolitischere Auffassung über die Gestalt des Unternehmens Sozialwissenschaften. Mit anderen Worten: Die aus Nazi-Europa Vertriebenen

**TABELLE 1. 5**  
**MITARBEITER DER DREI ENZYKLOPÄDIEN, NACH AUFENTHALTSLÄNDERN**

Land	ESS 1930-35		IESS 1968		IESBS 2001	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
USA	1143	58,3%	1160	77,5%	2061	53,6%
Deutschland	184	9,4%	39	2,6%	431	11,2%
U.K.	215	11,0%	135	9,0%	424	11,0%
Kanada	17	0,9%	19	1,3%	132	3,4%
Australien	5	0,3%	9	0,6%	120	3,1%
Niederlande	17	0,9%	8	0,5%	109	2,8%
Frankreich	130	6,6%	50	3,3%	100	2,6%
Schweden	9	0,5%	11	0,7%	54	1,4%
Italien	50	2,6%	7	0,5%	52	1,4%
Schweiz	35	1,8%	10	0,7%	45	1,2%
Japan	14	0,7%			43	1,1%
Israel			12	0,8%	37	1,0%
Belgien	12	0,6%	2	0,1%	24	0,6%
Norwegen	5	0,3%	5	0,3%	20	0,5%
Indien	7	0,4%	4	0,3%	18	0,5%
Neuseeland					18	0,5%
Brasilien					16	0,4%
Österreich	33	1,7%	5	0,3%	15	0,4%
Irland	7	0,4%	2	0,1%	13	0,3%
Spanien	7	0,4%			13	0,3%
Finnland					12	0,3%
Dänemark			3	0,2%	10	0,3%
Südafrika					9	0,2%
Ungarn	7	0,4%			8	0,2%
Russland	12	0,6%			6	0,2%
Polen	7	0,4%	2	0,1%	5	0,1%
China	7	0,4%			5	0,1%
Tschechien	17	0,9%			4	0,1%
Mexiko					4	0,1%
andere	19	1,0%	13	0,9%	34	0,9%
<b>Gesamt</b>	<b>1959</b>	<b>100,0%</b>	<b>1496</b>	<b>100,0%</b>	<b>3842</b>	<b>100,0%</b>

Anmerkung: unter „andere Länder“ sind für jede Enzyklopädie andere Länder zusammengefasst, die mit weniger als vier Beiträger vertreten sind

Quelle: ESS und IESS Index of Contributors (Eigene Berechnung); IESBS 2001, xlvii.

flüchten nicht in ein ihnen und ihren Fähigkeiten unwissend gegenüber stehendes Land, sondern in das, sich in diesen Jahren herausbildende neue Zentrum der wissenschaftlichen Welt, in dem es auch neue, in Europa noch unbekannte oder unterentwickelte sozialwissenschaftliche Disziplinen gab.

In diesem neuen Zentrum, dessen Gravitationskraft wohl einige der gezwungenermaßen dorthin Gelangten unter anderen Umständen auch angezogen hätte, herrschten – und das scheint mir ebenso wichtig – auch andere Spielregeln hinsichtlich der disziplinären Grenzziehung, der professionellen Kooperation, der Nachwuchsförderung und der Forschungsfinanzierung. Ehe auf diese Aspekte näher eingegangen wird, soll im Ausblick auf die beiden Nachfolgerinnen der *Encyclopedia*, die 1968 erscheinende *International Encyclopedia of the Social Sciences* (Sills 1968) und die 2001 erschienene *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences* (Smelser & Baltes 2001) und deren Entstehungsgeschichte und Mitarbeiter hingewiesen werden. Schon zwei Jahrzehnte nach dem Erscheinen der ersten *Encyclopedia* versuchte Johnson die ehemaligen Finanziers für eine überarbeitete Neuauflage zu interessieren. "His word fell on deaf ears until January 1954, when they reached [Bernard] Berelson, then an officer of the Ford Foundation", heißt es im Vorwort zur 1968 *Encyclopedia*. Das institutionelle Muster blieb dasselbe, bloß der Name der geldgebenden Stiftung war ein anderer. Wiederum wurden Komitees eingesetzt und Herausgeber gesucht, aber es dauerte diesmal mehr als zehn Jahre bis der erste Band erscheinen konnte.

Tabelle 1.6 zeigt, dass der Kreis der Berater der zweiten *Encyclopedia* nun hinzugesetzten Adjektiv mehr als gerecht wurde: Nur knapp mehr als die Hälfte der Berater hatte eine US-Adresse und das änderte sich in den darauffolgenden 33 Jahren praktisch nicht. Während die zweite Gestalter der zweiten Enzyklopädie von 1968 versuchten, einen möglichst großen Kreis von Beratern aus möglichst vielen verschiedenen Ländern zu rekrutieren – und dabei gegen die Länder des Sowjetkommunismus diskriminierten – nahm bei der dritten Enzyklopädie die Zahl der Länder, aus denen Berater kamen wiederum ab. Die relative Stärke verschiedener Wissenschaftsnationen differiert über die drei Zeitpunkte sehr markant, sowohl bei den Beratern als auch den Verfassern von Beiträgen. Vor allem Deutschland gelang es gegen Ende des 20. Jahrhunderts wieder aufzuholen, während Großbritannien und Frankreich zurückfielen.

Die Zahl der Beiträger ging in der 1968er Ausgabe merklich zurück und verdoppelte sich in der dritten Enzyklopädie. 1968 zeigt die Verteilung auf die verschiedenen Länder einen nunmehr überdeutlichen Überhang von in den USA Tätigen, mit einer Zunahme um fast 20 Prozent. Großbritannien verlor moderat, während die Zahl der in Frankreich Tätigen halbiert wurde und die entsprechende Zahl für die in Deutschland und Österreich Wirkenden nahezu auf ein Drittel

reduziert wurde. Aber auch andere europäische Länder waren nicht in der Lage, wenigstens die absolute Zahl der Autoren konstant zu halten. (Schweden ist mit einem Rückgang um nur zwei Autoren hier die europäische Ausnahme.) Zum Ende des 20. Jahrhunderts verlieren die USA zwar nicht ihre Vormachtstellung, sie gewähren aber anderen Nationen – und anderen Sprachen – wieder etwas mehr Raum. Das kommt vor allem Deutschland zugute, das seinen Rang sogar

**TABELLE 1.6**  
**VERGLEICH DER BERATER DER *INTERNATIONAL ENCYCLOPEDIA OF THE SOCIAL SCIENCES* MIT DENEN DER *INTERNATIONAL ENCYCLOPEDIA OF THE SOCIAL & BEHAVIORAL SCIENCES*, NACH AUFENTHALTSLÄNDERN**

Land	IESS		IESBS	
	abs.	in %	abs.	in %
USA	78	53,4%	68	51,1%
Deutschland	7	4,8%	22	16,5%
U.K.	11	7,5%	6	4,5%
Schweden	3	2,1%	5	3,8%
Frankreich	8	5,5%	4	3,0%
Kanada	4	2,7%	3	2,3%
Australien	6	4,1%	3	2,3%
Italien	3	2,1%	3	2,3%
Japan	5	3,4%	3	2,3%
Belgien	0	0,0%	3	2,3%
Russland	0	0,0%	3	2,3%
Niederlande	4	2,7%	2	1,5%
Schweiz	2	1,4%	2	1,5%
Indien	8	5,5%	2	1,5%
China	0	0,0%	2	1,5%
Israel	2	1,4%	1	0,8%
Polen	1	0,7%	1	0,8%
Norwegen	2	1,4%	0	0,0%
Österreich	1	0,7%	0	0,0%
Dänemark	1	0,7%	0	0,0%
andere	27	18,5%	5	3,8%
Gesamt	146	100,0%	133	100,0%

Anmerkung: bei der IESS umfassen andere Länder 22 verschiedene, bei der IESBS 5.  
Quelle: IESS: Editorial Advisory Board; IESBS: Section Editors (n= 53) und International Advisory Board (eigene Auszählung)

gegenüber 1931 verbessern konnte. Die englischsprachige Welt dominiert nicht nur in der Sprache in der die Enzyklopädien erscheinen, sondern auch hinsichtlich der Umgangssprache derjenigen Länder, aus denen Beiträger rekrutiert wurden Ende in der Mitte des 20. Jahrhunderts merklicher als gegen dessen Ende: Während 1968 fast 90 Prozent der Autoren aus Ländern

kommen, in denen Englisch die vorherrschende Sprache ist, reduziert sich dieser Anteil in der 2001 Enzyklopädie auf weniger als drei Viertel, woraus man vermutlich auch schließen wir können, dass die lingua franca der sozialwissenschaftlichen Welt mittlerweile eben Englisch ist und man nicht mehr in einer anglophonen Welt leben muss, um zur Mitarbeit an einer internationalen Enzyklopädie eingeladen zu werden.

Die Analyse der regionalen Verteilung der Nobelpreisträger und diejenige, die sich mit den „internationalen Soziologen“ und den Beratern und Beiträgern zu den drei sozialwissenschaftlichen Enzyklopädien befasste, unterstützt die Konzentrations-Hypothese, die eingangs formuliert wurde. Unbestreitbar kam es im Verlauf des 20. Jahrhunderts zu einer Verlagerung des Zentrums der Wissenschaften in die USA, auch wenn dies am Übergang zum neuen Jahrhundert nicht mehr so stark als physische Repräsentanz der Wissenschaftler, sondern als Herausbildung einer neuen lingua franca der wissenschaftlichen Kommunikation erscheint. Die bloßen Tatsachen der räumlichen Konzentration und der Herausbildung einer Einheitssprache können aber noch nicht erklären, auf Grund welcher Prozesse diese zustande kamen; wohl kann der Umstand, dass dieser Prozess in den 1930er Jahren einen ersten Höhepunkt erreicht hat, die Vermutung nähren, dass weltpolitische Veränderungen dabei eine wesentliche Rolle spielten.

### ***Rekrutierung des Nachwuchses***

Stellen die Nobelpreisträger die schmale Spitze des Wissenschaftssystems dar, so bilden die Studenten dessen breite Basis. Die einzige systematisch vorgesehene durchlässige Grenze zur Umwelt befindet sich dort. Wer in dieses System gelangen will, hat unten zu beginnen, zuerst eine Ausbildung zu absolvieren und kann dann – langsam in der einen Kultur, ein wenig schneller in einer anderen – nach oben aufsteigen. In der akademischen Welt gibt es keine “Quereinsteiger.”<sup>22</sup> Entwicklungen am unteren Ende beeinflussen selten das obere, gewiss aber die Mitte des Systems: Steigende Studentenzahlen vergrößern das Reservoir, aus dem der wissenschaftliche Nachwuchs rekrutiert werden kann und vermehren indirekt meist die Zahl der Jobs für Lehrende. Für die Entwicklung einzelner wissenschaftlicher Disziplinen – und ihr Erscheinungsbild an bestimmten Orten – spielen Zahlen und vor allem deren Veränderung eine nicht zu missachtende Rolle. Die Gestalt der Disziplin bzw. das Profil des jeweiligen Departments (oder dessen Äquivalent in anderen Wissenschaftskulturen) verändern sich mit der

---

<sup>22</sup> Dass es sie, wenn überhaupt, dann nur in der angloamerikanischen Welt gibt, ist in den beiden Fällen vermutlich jeweils auf andere kulturelle Maximen zurückzuführen (in England dominiert die Idee des fair play, während in der

Zunahme von Studenten und damit wandelt sich auch, was in ihnen gelehrt wird und wie viel und worüber geforscht werden kann.

In Deutschland und Österreich war viele Jahrzehnte lang in den meisten wissenschaftlichen Fächern, jedenfalls in denen, die uns im folgenden immer wieder interessieren werden, die Ein-Personen-Repräsentanz das vorherrschende Muster. Ein Mann – und hier besteht kein Grund, sich über eine Frauen ausschließende Wortwahl Gedanken machen zu müssen – vertrat an seiner Universität das ganze Fach und bestimmte damit auch, was Studenten als Psychologie, Völkerkunde, Soziologie oder Volkswirtschaftslehre kennen lernen konnten. Diese Konstellation war folgenreich. Die steile Hierarchie der akademischen Welt hatte neben Lehrkanzelnhabern keinen Platz für *peers*, sondern günstigstenfalls für Anwärter auf dessen Nachfolge. Das ist der Humus, auf dem Myriaden von sich selbst als Schulen wahrnehmenden Kleingruppen gedeihen, deren Bezeichnung recht treffend Ortsnamen enthält.<sup>23</sup>

Wegen der geringen Zahl “systemisierter” Stellen, also solcher, die ein regelmäßiges Einkommen sicherten, neigten Ordinarien dazu, nur wenige, meist sogar bloß einen Nachfolger aufzubauen. Verließ dieser den Ort oder verstarb er, ehe die für ihn vorgesehene Stelle frei wurde, geriet das Gebäude dieser kleinen Welt ins Wanken. Außenseitern oder, was in dieser Welt fast das selbe bedeutete, Männern, die anderswo kultiviert worden waren, eröffnete sich dann unerwartet die Chance zum Avancement. Aber die Zahl der früh Verstorbenen war klein und akademische Stadtflucht nach Absolvierung des akademischen Wanderjahres während des Studiums war selten.<sup>24</sup>

Letztere Behauptung widerspricht dem über das ganze 20. Jahrhundert hin kultivierten Selbstbild deutscher Akademiker und erfordert daher eine etwas eingehendere Behandlung. Außer Streit steht, dass Studierende häufig mehr als eine Universität besuchten. Aus dem Umstand studentischer Mobilität scheint die kollektiv geteilte Ansicht relativ hoher Mobilität deutscher Akademikern genährt worden sein. Sie fand Unterstützung durch allerhand folkloristische Weisheiten, beispielsweise jener, wonach man die erste einem angebotene Stelle, egal wo es einen dann auch hin verschlage, jedenfalls anzunehmen habe. Einer näheren Prüfung

---

US-Kultur der Erfolg des Außenseiters belohnt zu werden pflegt). Man kann das natürlich auch als weiteres Indiz für die kompetitive Überlegenheit dieser Wissenschaftskulturen betrachten.

<sup>23</sup> Besonders bunt im Fall des deutschen Neokantianismus, wo mehr als ein halbes Dutzend Schulen miteinander wetteiferten, die mit den Namen der Universitäten, an denen ihre jeweiligen Häupter lehrten, bezeichnet wurden und wo darob leicht übersehen werden konnte, dass es sich eigentlich um die Konkurrenz zwischen einzelnen Philosophen handelte.

<sup>24</sup> Das Bild wird nur ein wenig bunter, die Verhältnisse aber nicht anders, wenn man auf die Abreden zwischen Ordinarien hinsichtlich der vorübergehenden Unterbringung eines Erben an einer anderen Universität hinweist. Seine Rückkehr an den für ihn vorgesehenen Platz stellt dann gleichsam die Normalität wieder her.

kann diese Sichtweise nicht stand halten. Die biografischen Angaben, die Kürschners Deutscher Gelehrten Kalender enthält, erlauben es, das Ausmaß der Mobilität deutscher Akademiker festzustellen. Ich beschränke mich hier auf die Gruppe der Soziologen. Zwischen 1926 und 1950 erschienen sechs Ausgaben des Kürschners, in denen Soziologie als eigene Disziplin ausgewiesen ist. 282 Männern und 7 Frauen wählten in diesem Zeitraum Soziologie zumindest als eine von mehreren disziplinären Selbstzuordnungen. Nahezu die Hälfte davon, nämlich 142 Personen, sind nur einmal mit einem Eintrag vertreten – sie kommen daher für eine Analyse der Mobilität nicht in Betracht, wobei man hinzusetzen muss, dass natürlich nicht ausgeschlossen werden kann, dass deren Verschwinden irgendeiner Form von Mobilität zuzuschreiben ist, sei es dass sie sich zu anderen Zeitpunkten nicht als Soziologen klassifizierten, sei es dass sie die akademische Welt verließen oder auch dass sie nach 1933 Deutschland verlassen mussten. Letzteres fällt allerdings aus zwei Gründen nicht stark ins Gewicht: Zum einen erschienen drei der sechs Ausgaben vor 1933 (nämlich 1926, 1928 und 1931) und zum anderen enthält die Ausgabe von 1935 sowohl zahlreiche Einträge entlassener, vorzeitig emeritierter oder zwangspensionierter Gelehrter als auch solche von Personen, die Adressen im Ausland ausweisen (die Ausgabe von 1950 verzeichnet wiederum eine Zahl von Soziologen, die in der Ausgabe von 1940 nicht aufscheinen). Von den 147 Soziologen, die mehr als einmal mit einem Eintrag im Kürschner vertreten sind, weisen nur 54 verschiedene Ortsangaben auf. Das ist ein gutes Drittel jener, die gewandert sein könnten, aber nur ein Fünftel der Grundgesamtheit. Von den Mobilien wechselten 36 an andere Orte innerhalb des Deutschen Reiches und 18 gingen in dem gesamten hier betrachteten Zeitraum ins Ausland und könne daher der Gruppe der emigrierten Soziologen zugezählt werden.<sup>25</sup> Als Ausdruck normaler akademischer Mobilität kommen in dem turbulenten Zeitraum eines Viertel Jahrhunderts also nur 36 von 289, oder 12 Prozent, in Betracht. Es spricht nichts dafür, dass die Mobilität in früheren Zeiten größer war.

Das lange Warten auf den entscheidenden Karriereschritt, das natürlich auch sozial selektierend wirkte, weil nicht jeder junge Doktor über ausreichendes Vermögen verfügte, verstärkte die persönliche Abhängigkeit des präsumtiven Erben vom akademischen Erblasser. Man war darüber hinaus nicht gut beraten, diesen vor der Zeit herauszufordern. Ebenso musste man der Versuchung, ihn intellektuell an die Wand zu spielen, widerstehen. Die Enterbung zu

---

<sup>25</sup> Dabei ist zu berücksichtigen, dass die im Kürschner berücksichtigten Soziologen nur eine Teilmenge aller deutschsprachigen Soziologen dieser Zeit bildeten. Die 18 Emigranten sind Käthe Bauer-Mengelberg, Theodor Geiger, Rudolf Heberle, Friedrich Hertz, Paul Honigsheim, Max Horkheimer, Hans Kelsen, René König, Siegfried Kracauer, Emil Lederer, Julius Lips, Karl Mannheim, Eugen Rosenstock-Hüssy, Gottfried Salomon, Arthur Salz, Alexander von Schelting, Kurt Singer und Heinz O. Ziegler. Die Literatur zur Wissenschaftsemigration und das *Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration* enthalten weitaus mehr Namen.

verhindern zog oft wohl so viel Energie auf sich, dass für kreative Arbeit nicht mehr viel übrig blieb.

Konkurrenz gedieh in dieser Welt ebenso wenig wie Zusammenarbeit unter Statusgleichen. Die strukturell verursachte und ideologisch überhöhte Einsamkeit des Ordinarius mag in manchen Fällen dessen Bereitschaft zur interdisziplinären Zusammenarbeit erhöht haben, da die Kommunikation mit den eigenen Fachkollegen auf nationalen oder internationalen Foren aus vielerlei Gründen episodisch blieb. Den oft karikierten Konferenztourismus gab es damals noch nicht. Persönliches Zusammentreffen mit Fachkollegen war mit anstrengenden Reisen verbunden, die nur Männer wie Max Weber dazu nutzten, dem Volk auf's Maul zu schauen.<sup>26</sup> Das Fehlen von Berufsorganisationen oder Fachvereinen tat das ihre, um den folgenreichen Gedankenaustausch mit persönlich nicht bekannten Kollegen unwahrscheinlich werden zu lassen. Neue Gesichter traten selten in den persönlichen Raum eines Ordinarius, wozu die romantische Idee lebenslange geschmiedeter und deswegen numerisch geringer Freundschaften die passende Rechtfertigung lieferte.

Als Nebenwirkung seltener Kommunikation mit fremden Kollegen trat ein, dass eine Interessensvertretung von Disziplinen faktisch unbekannt war und in gewisser Weise auch anachronistisch gewesen wäre. Während die Gesellschaften der deutschen Mediziner und Juristen aber auch der Deutsche Historikerverband wohl auch wegen der Zahl der Zunftmitglieder gegründet worden waren und wegen der großen Zahl ihre Anliegen wirkungsvoll öffentlich vortragen konnten, mussten sich die wackeren Kämpfer neuer Disziplinen wie die Soziologie mit Petitionen an derartige *pressure groups* zufrieden geben, anstatt sich direkt an den Souverän oder die Verwaltung zu wenden.<sup>27</sup> Der Verein für Socialpolitik, an den man an dieser Stelle als Gegenbeispiel denken könnte, kümmerte sich um die Popularisierung und gelegentlich auch um die Anwendung sozialwissenschaftlichen Wissens, aber nur selten um die kognitive Entwicklung der Disziplinen. Daher hat er zwar in einer Geschichte der Forschungsmethoden und der wissenschaftlichen Politikberatung seinen Platz, nicht aber in der wissenschaftlicher Disziplinen als solcher. Mit wenigen Ausnahmen wurde auf den Tagungen bekanntlich nicht über Theorien, die Perlen disziplinärer Selbstvergewisserung, debattiert.<sup>28</sup>

Entschieden wurde über das Schicksal von Disziplinen selten, über jenes von aufstrebenden Privatdozenten allerdings regelmäßig in Kabinetten von Regenten oder in

---

<sup>26</sup> Weber in den einleitenden Sätzen zu seinem Vortrag vor Wiener Offizieren Über Sozialismus in Weber 1995, 70f.

<sup>27</sup> Zur Diskussion über die Einführung soziologischer Lehrveranstaltungen in der Juristenausbildung am 31. Deutschen Juristentag 1912 vgl. Fleck 1990, 60ff.

<sup>28</sup> Eine der letzten Debatten vor 1933 war der Frage der Werttheorie in der Nationalökonomie gewidmet.

Vorzimmern von Ministern. Dorthin hatte nicht jedermann Zutritt, wohl nicht einmal jeder Provinz-Ordinarius. Da Fürsprecher des Neuen, Ungewöhnlichen und höchst Verdächtigen selten die inneruniversitäre Statusleiter bis zum Dekan oder Rektor hinaufklettern durften, blieben ihnen nicht nur die Salons sondern auch die Vorzimmer der Macht fremdes Territorium.<sup>29</sup> Über Zwischenträger – Machtmakler in der Terminologie Eric Wolfs – konnte man möglicherweise Personalentscheidungen beeinflussen, ganz sicher aber nicht so etwas Unverständliches wie die soziale oder kognitive Gestalt einer neuen Disziplin und deren Entwicklungsmöglichkeiten auch nur erläutern. Charakteristischerweise fand daher in diesem System Innovation nur mediatisiert als Personalentscheidung Förderung von „allerhöchster Stelle.“ Joseph Schumpeter verdankte seine Berufung nach Graz – beileibe nicht der größte Treffer in der Stellenlotterie – eben jener Intervention von ganz oben, die der Kaiser oder einer seiner Minister mit Sicherheit nicht ohne das fürsorgliche Wirken eines Machtmaklers zur Unterschrift vorgelegt bekam (Swedberg 1991). Auch noch in republikanischen Zeiten wurde Disziplin-Politik als Personalpolitik betrieben, wie das preußische Beispiel zeigt. Dessen Kultusminister C. H. Becker hätte die Soziologie wegen ihrer Eignung für eine „staatsbürgerliche Erziehung“ gerne etabliert gesehen, musste sich dazu allerdings vor allem der Möglichkeiten der Berufungspolitik bedienen: „Während in England und Amerika die Universitäten auf Stiftungen beruhen und in Bezug auf Stellenbesetzung und wirtschaftliches Gebaren freie Hand haben, sind die Universitäten in Preußen-Deutschland Veranstaltungen des Staates ... Überall ernannt .... die Regierung die Professoren. Sie besetzt die Stellen, und sie ist theoretisch in der Lage – und hat es auch öfters getan –, über den Kopf der Universitäten ... hinweg ihr genehme Dozenten anzustellen.“<sup>30</sup>

Nur an den größerer Universitäten kam es zur Kooperation zwischen Fachvertretern und als Nebeneffekt zur Ausbildung jener kritischen Masse, von der die Innovationsforschung Sinnvollerweise spricht, ohne genau angeben zu können, wie groß sie zu sein habe. Ein Blick auf die Entwicklungen in den (Sozial-) Wissenschaften im deutschen Sprachraum liefert dafür einige Hinweise: Die Grenznutzentheorie der Wiener Schule florierte ab der zweiten Generation, als mehr als ein an dieser Richtung interessierter Fachvertreter Professor an der Wiener Universität wurde. Die Logischen Empiristen des Wiener Kreises verhielten sich in mehrerer Hinsicht atypisch: Sie präferierten die Zusammenarbeit von Vertretern verschiedener Disziplinen und sie

---

<sup>29</sup> Die Macht von Rektoren war obendrein recht gering, wie man an Eugen Ehrlich, zeitweilig Rektor der Universität Czernowitz und seinem gescheiterten Versuch, dort eine rechtsethnologische Forschung zu etablieren, ersehen kann.

<sup>30</sup> C. H. Becker, Vom Wesen der deutschen Universität, 23, zit. nach: Düwell 1971, 55; vgl. Wende 1959, 110 für die Oktroyierung von Professoren und 126 für die der Soziologie zugeschriebene Rolle, "unsern Blick auf das Ganze richten" zu helfen.

öffneten den Kreis nach außen und ließen Standesferne partizipieren. Von Frankfurt wird berichtet, dass dort Anfang der 30er Jahre die Konkurrenz zwischen den Mannheimianern und den Gefolgsleuten des Instituts für Sozialforschung die Debatten beflügelte, ebenso wie die größere Zahl von freundschaftlich verbundenen Vertretern verschiedener anderer Disziplinen den Dialog befruchtete. Nichts dergleichen kann man über die kleineren Universitäten berichten, wo oft genug eigenbrötlerische Platzhirsche auch sehr eigenwillige Deutungen ihrer jeweiligen Disziplinen lehrten, Adolph Günther in Innsbruck kann hier ebenso genannt werden wie Johann Plenge in Münster (s. dazu: Stölting 1986, 129ff.) oder der als „Herostratos in Kleinformat“ (Seidl 1982) bezeichnete Vorgänger von Joseph Schumpeter auf der Lehrkanzel für Nationalökonomie in Graz, Richard Hildebrand. Es ist vielleicht keine Übertreibung, wenn man behauptet, dass die Ein-Mann-Konstellation eine stillschweigende Arbeitsteilung war zwischen jenen an den größeren Universitäten, die nicht nur lehrten, sondern auch forschten und denen in den Provinzuniversitäten, die vor allem lehrten.

Das der deutschen Kleinstaaterei vor 1871 strukturähnliche System der deutschsprachigen Universitäten gedieh unter den Bedingungen sehr kleiner Studentenzahlen leidlich, es zu loben wäre allerdings pure Nostalgie. Hinweise auf äußerst produktive und bahnbrechende Forschungsleistungen dieser Zeit muss man in doppelter Weise relativieren. Die Leistungen beispielsweise der Wiener Schule der Medizin, der Physiker in Wien und Berlin und der Göttinger Mathematiker entstanden gerade nicht in diesem Strukturmuster, sondern unter Bedingungen, die spätere institutionelle Entwicklungen von *big science* vorwegnahmen. Die erinnerungswürdigen Leistungen in der deutschsprachigen Soziologie gediehen, wie die Beispiele der Privatgelehrten (Georg Simmel, Robert Michels, Wilhelm Jerusalem, Gustav Ratzenhofer, Karl Renner, Edgar Zilsel und Alfred Schütz) und der „Auch-Soziologen“ Hans Kelsen, Joseph Schumpeter, Emil Lederer im einzelnen zu zeigen vermögen, nicht in einer kreativitätsfördernder institutionellen Umwelt.

### ***Die Expansion tertiärer Bildung in den USA***

Im Verlauf des zweiten Drittels des 20. Jahrhunderts erfuhren jedes entwickelte und viele weniger entwickelte Länder eine Neu-Komposition der Jüngeren seiner Bevölkerung. Die Verlängerung des Verbleibs in Ausbildungsinstitutionen hob das Eintrittsalter in den Arbeitsmarkt an. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs betrug der Anteil der Zwanzigjährigen, die in Ausbildung standen, wenige Prozent; bis zur Mitte des Jahrhunderts änderte sich das Bild in den meisten Ländern noch wenig, aber in einzelnen war die Steigerung schon deutlich und am

Ende des Jahrhunderts ist die Zahl der noch in Ausbildung Befindlichen kaum irgendwo niedriger als ein Drittel und erreicht in manchen Ländern für manche Altersgruppen jenseits der Schulpflicht fast hundert Prozent. Die USA platzierten als erste Nation einen über die Jahre hin ansteigenden Teil ihrer Jugend in Einrichtungen der höheren Bildung (Tabelle 1.7, Daten zu Russland bzw. der Sowjetunion fehlen leider).

**TABELLE 1.7**  
**ZAHL DER STUDENTEN IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN (IN TAUSEND, GERUNDET), DEREN ANTEIL AN DEN 20-29-JÄHRIGEN, CA. 1920 UND CA. 1950 UND ZUNAHME DER STUDENTENZAHLEN JE LAND VON CA. 1920 BIS CA. 1950**

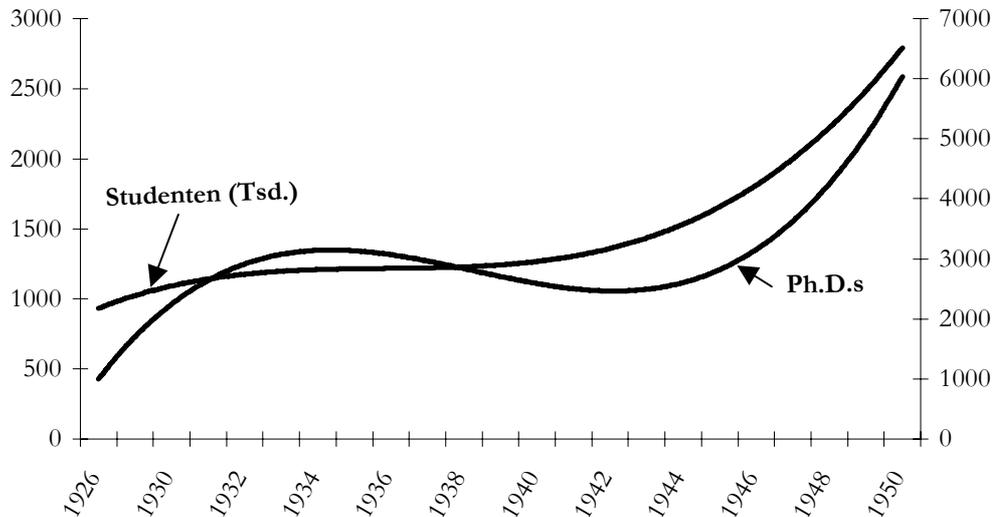
Land	Studenten 1920	Anteil an allen Studenten 1920	Studenten- anteil an den 20-29- Jährigen (ca.1920)	Studenten 1950	Anteil an allen Studenten 1950	Studenten- anteil an den 20-29- Jährigen (ca. 1950)	Zunahme der Studenten 1920 - 1950
USA	598	54,0%	3,3%	2659	69,6%	11,3%	345%
U.K. (+IRL)	63	5,7%	0,8%	112	2,9%	1,5%	79%
Deutschland	119	10,8%	1,0%	150	3,9%	1,5%	26%
Frankreich	50	4,5%	0,9%	140	3,7%	2,2%	181%
Schweiz	70	0,6%	1,1%	13	0,3%	1,8%	86%
Italien	53	4,8%	0,9%	145	3,8%	1,8%	173%
Österreich	22	2,0%	1,9%	25	0,6%	2,5%	13%
Kanada	22	2,0%	1,6%	69	1,8%	3,1%	214%
Belgien	9	0,8%	0,7%	21	0,5%	1,6%	123%
Niederlande	5	0,5%	0,4%	30	0,8%	1,9%	494%
ČSR	28	2,5%	1,2%	39	1,0%	1,9%	38%
Dänemark	1	0,1%	0,2%	9	0,2%	1,5%	727%
Schweden	9	0,8%	0,9%	16	0,4%	1,7%	80%
Polen	26	2,3%	0,6%	125	3,3%	3,0%	383%
Bulgarien	5	0,5%	0,7%	33	0,9%	2,7%	500%
Jugoslawien	11	1,0%	0,6%	60	1,6%	1,9%	464%
Rumänien	14	1,2%	0,4%	5	0,1%	0,2%	-61%
Spanien	23	2,1%	2,8%	52	1,3%	1,2%	120%
Norwegen	2	0,2%	0,4%	5	0,1%	1,1%	200%
Finnland	3	0,3%	0,5%	12	0,3%	1,9%	256%
Griechenland	2	0,1%	0,2%	10	0,3%	0,7%	525%
Ungarn	13	1,2%	0,9%	32	0,9%	2,1%	152%
Mexiko	10	0,9%	0,4%	17	0,4%	0,4%	77%
Brasilien	12	1,1%	0,3%	43	1,1%	0,5%	258%
Gesamt	1107	100%	1,4%	3822	100%	3,9%	245%

Quelle: International Historical Statistics. Europe 1750-1988, ed. B.R. Mitchell, 3<sup>rd</sup> ed., New York: Stockton Press 1992, International Historical Statistics. The Americas 1750-1988, ed. B.R. Mitchell, 2<sup>nd</sup> ed., New York: Stockton Press 1993 (eigene Berechnung).

Schwierigkeiten bei der Vergleichbarkeit von Bildungssystemen sollten einen vor allzu weitreichenden Folgerungen aus Vergleichen abhalten und die Qualität der statistischen Daten ist ein weiterer Grund der zur Vorsicht mahnen sollte.<sup>31</sup>

<sup>31</sup> Man müsste diesem Phänomen weniger Beachtung schenken, wenn man Lebensphasen in relativen Größen ausdrückte: Eine Siebenundzwanzigjährige des Jahres 2000 hat ein Drittel ihrer Gesamtlebenszeit hinter sich, während ihre Altersgenossinnen ein halbes Jahrhundert früher schon vier Zehntel des Lebens "verbraucht" hatten und nochmals fünfzig Jahre früher jemand in diesem Alter seine Lebensmitte schon hinter sich hatte. Während man

**Grafik 1.1: Entwicklung der Zahl der Studenten und der Ph.D. Abschlüsse in den USA 1926 - 1950**



Quelle: U. S. Bureau of the Census, *Historical statistics of the United States, Colonial times to 1957*. Prepared by the Bureau of the census with the cooperation of the Social Science Research Council, Washington: U. S. Bureau of the Census 1964.

Steigende Studentenzahlen gehen in der Regel der Zunahme der Lehrer voraus. Nimmt die Zahl der Lehrenden jedoch zu, verbessern sich zumindest kurzfristig die Chancen, solche zu werden. Grafik 1.1 zeigt dieses Muster für die USA in Form des *time lag* zwischen der Steigerung der Zahl der Studenten und der Zunahme der Kandidaten für Lehrpositionen.<sup>32</sup> Es liegt in der Natur der Dinge, dass die Zunahme der Studienabschlüsse der Zunahme der Studentenzahlen nachhinkt. In einem Ausbildungssystem, das nach außen, gegen andere Länder, abgeschlossen ist und keine oder wenig Immigration zulässt, hat das zeitweilig ungünstige Betreuungszahlen, die Zahl der Studenten bezogen auf jeweils einen Lehrenden, zur Folge. Ein Bildungssystem kann, wie man weiß, auch längere Zeit Überlastungen des Lehrpersonals ertragen. Der negative Effekt ausbleibender Forschungsleistungen wird erst zeitversetzt entdeckt und wirksam. Am Beginn der Ausweitung des tertiären Bildungswesens sind derartige Überlasten relativ unwahrscheinlich, weil

---

also mit gutem Grund argumentieren könnte, dass trotz der Verlängerung der Lebenserwartung die Zeitspanne, die die Jugend in Ausbildung verbringt, relativ gleich geblieben ist, ist diese Perspektive nicht sehr hilfreich, wenn man die Zusammensetzung der studierenden Jugend nach Geschlecht und Klasse analysiert oder die institutionellen (Neben-) Effekte ins Auge fasst. Nur letzteres wird hier behandelt.

<sup>32</sup> Zu diesen beiden Größen gibt es in den publizierten Statistiken Zeitreihen. Man kann den Grad eines Ph.D., höchster Abschluss der akademischen Berufsvorbereitung, als Indikator für die Zahl der potentiell zur Verfügung stehenden Bewerber um eine universitäre Lehrerstelle nehmen, muss allerdings berücksichtigen, dass gerade in Zeiten eines Nachfrageüberhangs auch Personen ohne Ph.D. Lehrpositionen erringen können. Aus der Geschichte der Soziologie sind diesbezüglich für den hier betrachteten Zeitraum einige Beispiele bekannt: Lewis Coser, Alvin Gouldner erhielten ihre erste Stelle als assistant professor noch ehe sie ihr Graduiertenstudium mit einem Ph.D.

jede Ausweitung der Teilnahme an tertiärer Bildung von einer Vermehrung der universitären Lehrerstellen und einem entsprechenden optimistischen Meinungsklima begleitet gewesen sein dürfte. Um junge Leute aus so genannten bildungsfernen sozialen Schichten zum Studium zu überreden, muss man ihnen sowohl eine einigermaßen befriedigende Gegenwart bieten als auch eine rosige Zukunft entwerfen.<sup>33</sup> Nur wenn der gewöhnliche Arbeitsmarkt sehr unattraktiv geworden ist, wird ein Ausweichen ins Studium als zweitbesten Weg gewählt. Das erfolgt aber erst nachdem das tertiäre Bildungswesen schon einmal expandiert ist. Anfangs muss die Absolvierung eines Universitätsstudiums mit irgendeinem Versprechen verknüpft sein, um neue soziale Gruppen oder das andere Geschlecht zum Beschreiten dieses Weges einzuladen. Wissenschaftliche Bildung als Vervollkommnung der Persönlichkeit, die Wissenschaften als taugliches Instrument zur Lösung drängender Probleme der Zeit oder als Statusverbesserungsmaschine – irgend etwas davon steht am Beginn dessen, was in der sogenannten Massenuniversität dann seine Apotheose findet. Wir müssen hier aber nicht bei abstrakten Modellüberlegungen verweilen, sondern können den Fall der Vereinigten Staaten als Exempel analysieren.

Seit ihren frühesten Tagen sahen sich die amerikanischen Kolonien und die späteren vereinigten unabhängigen Staaten als Zufluchtsort für jene, die anderswo ihre Freiheit bedroht sahen. Die Stiftung der Freiheitsstatue im Hafen von New York durch französische Bewunderer der amerikanischen Freiheit brachte das ikonographisch zum Ausdruck. Waren die Kolonisten anfangs zumeist auch intellektuell Non-Konformisten, so bildeten in späteren Perioden – nach der Unabhängigkeitserklärung – die Neueinwanderer eine Population, in der die Idee der sozialen Aufstiegsmobilität zumindest als Versprechen für die nächste Generation zur kollektiv geteilten Gewissheit gehörte.

Bis nach dem Ende des amerikanischen Bürgerkriegs dümpelte das höhere Bildungswesen der USA auf vergleichsweise niedrigem Niveau dahin. An wissenschaftlicher Bildung Interessierte waren darauf verwiesen, in Europa zu studieren. Zwischen 1815 und 1914 erwarben mehr als zehn tausend Amerikaner ihr Doktorat an einer deutschen Universität (Brubacher & Rudy 1997, 175), darunter auch einige der frühen Soziologen, wie Robert Ezra Park und praktisch alle aus der Gründergeneration der amerikanischen Psychologie und viele amerikanische Philosophen. Wenig überraschend, dass die 1876 gegründete Johns Hopkins University die erste US Universität, die

---

abgeschlossen hatten und Erik H. Erikson, David Riesman und Daniel Bell wurden full professor ohne oder ohne einschlägigen Ph.D.

<sup>33</sup> Als Beispiel für die in den USA in den 1920er Jahren bereits entwickelten Haltung von Eltern bildungsferner Schichten s. Lynd & Lynd 1929, 182-7.

ein Doktoratsstudium einführte, dieses nach dem deutschen Modell gestaltete. Hopkins belieferte dann auch die sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts formierenden Colleges und Universitäten mit dem neuen Typ eines akademischen Lehrers, der nicht nur lehrte, sondern auch forschte. Hopkins wurde zum Vorbild sowohl für die Reorganisation der älteren Colleges wie der neu gegründeten Universitäten, unter denen vor allem jene in Chicago zu erwähnen ist. John D. Rockefeller, Sen. spendierte 2 Millionen Dollar für deren Gründung und innerhalb kürzester Zeit wurde diese Universität zur führenden Forschungs- und Ausbildungsstätte in jener neuen Gruppe von Disziplinen, die social sciences genannt wurden. Zwar gab es davor unter diesem Titel auch schon ein kognitiv einigermaßen klar abgegrenztes intellektuelles Unternehmen, doch erst durch die Gründung der University of Chicago, die 1892 ihren Betrieb aufnahm, wurde dieses Feld seiner religiösen Konnotationen entledigt und neu definiert. Albion W. Small, der Gründungsprofessor für Soziologie, war ein Absolvent der Johns Hopkins University, hatte einige Zeit in Deutschland studiert und bildete nun mit John Dewey, Thorstein Veblen, James R. Angell und anderen eine Gruppe von Professoren, denen es zu gleichen Teilen um Forschung und Lehre ging, wobei sie sich vom deutschen Vorbild durch einen deutlicheren Bezug zur praktischen Anwendung des Wissens unterschieden. Das trug ihnen das Lob des Pragmatisten William James ein, „more consistently pragmatist than his own pragmatism“ zu sein (zitiert in Brubacher & Rudy 1997, 186).

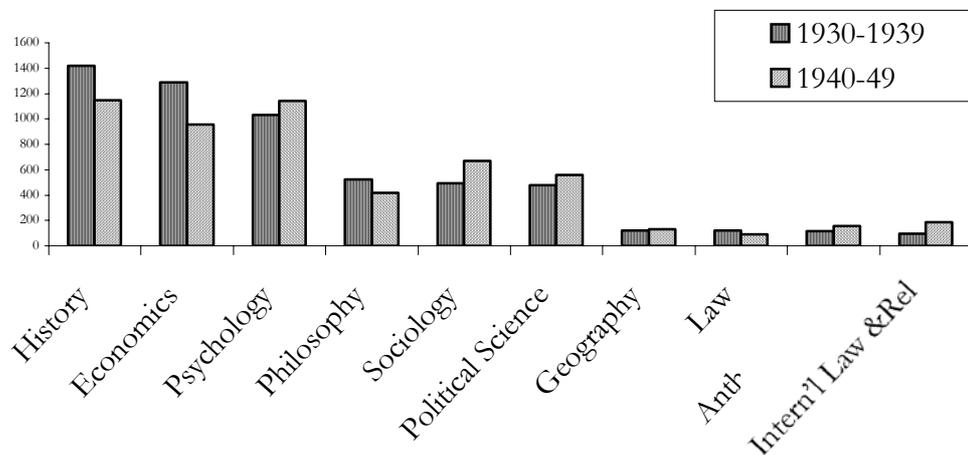
In den folgenden Jahrzehnten stieg die Zahl der Studierenden und diejenigen, die ihr Studium mit einem Ph.D. abschlossen kontinuierlich an. Gab es 1850 in den gesamten USA gerade acht graduate students, stieg diese Zahl 1900 auf fast sechs Tausend an und erhöhte sich 1930 um das achtfache. In den Jahren der Gründung der John Hopkins University erwarben rund drei Dutzend einen Ph.D., am Ende des Ersten Weltkriegs waren es bereits jährlich 562 und diese Zahl verdoppelte sich innerhalb der nächsten sechs Jahre, um bis 1940 auf rund 3000 jährlich anzusteigen (Brubacher & Rudy, 1997, 193 und 378).

In den Jahren, in denen die USA sich daran machten, das Zentrum eines neuen, gerade auch auf Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung beruhenden Imperiums zu werden, hatte sein System der höheren Bildung vorübergehend einen Mangel an Lehrkräften, der vor allem auf den Kriegseintritt 1941 zurückzuführen ist, der die kontinuierlich nach oben weisende Kurve der Studentenzahlen kurzzeitig unterbrach.<sup>34</sup> Oder, vorsichtiger ausgedrückt: Die Eintrittschancen in den Lehrberuf verbesserten sich ab Ende der 30er Jahre, weil die US-amerikanischen Universitäten viel stärker als ihre europäischen Gegenstücke auf marktliche Veränderungen zu

reagieren gewohnt waren. Zu den vorhin geschilderten “push” kamen also auch “pulls,” eine Nachfrage nicht so sehr nach Höchstqualifizierten, sondern nach Lehrkräften. Die großen Schwierigkeiten der ersten Exilanten nach 1933 und der Erfolg der erst später aus Deutschland und den anderen Ländern Europas, die unter die Herrschaft der Nazis fielen, Vertriebenen in den USA erklärt sich auf dem Aggregatniveau also durchaus auch aus dieser Nachfragerücke zwischen der zunehmenden Zahl der Studierenden und der nachhinkenden Produktion von potentiellen Lehrkräften.<sup>35</sup> Die während der Weltwirtschaftskrise steigenden Studentenzahlen in den USA sind darauf zurückzuführen, dass Jugendliche ermuntert wurden, ein Studium zu beginnen, um den Arbeitsmarkt zu entlasten.

In den einzelnen Disziplinen erfolgt die Expansion der zeitversetzten Zunahme von Studenten und Lehrpersonal nicht gleichartig. In den zwei Jahrzehnte, die im folgenden noch öfters interessieren werden, nämlich die 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts, stagnierte in den USA zwar der Anteil der sozialwissenschaftlichen Studienabschlüsse insgesamt, aber Psychologie, Soziologie und Politikwissenschaft konnten ihren Anteil an der Gesamtzahl der Absolventen mit einem Ph.D. gegenüber Geschichte und Ökonomie vergrößern. (Grafik 1.2.)

**Grafik 1.2: Ph.D. Abschlüsse in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen in US Colleges und Universitäten**



Quelle: American Council on Education, ed. *American Universities and Colleges*, 1948 und 1952.

Die Entwicklung der Studentenzahlen beeinflusst die Chance zur Aufnahme einer wissenschaftlichen Berufslaufbahn. Diese selbst wird aber von anderen Faktoren geformt. Eine

<sup>34</sup> Eine Voraussetzung für diese Behauptung ist, dass ein höherer Studienabschluss für den Eintritt in die akademische Lehre wenn schon nicht Bedingung so doch angebracht ist.

<sup>35</sup> Die Literatur, die das andersherum sieht und beispielsweise auf die verstopften Einstiegsmöglichkeiten für die spät Emigrierten hinweist, ist sehr zahlreich, dagegen schon sehr früh auf der Basis einer empirischen Befragung von europäischen Immigranten: Davie 1947.

wichtige Größe sind die Kontakte zu anderen Wissenschaftlern, zuhause oder auch im Ausland. Die frühe Expansion des tertiären Bildungswesens in den USA wirft ein etwas anderes Licht auf den häufig behaupteten Zusammenhang zwischen der von den Nazis betriebenen Vertreibung von Wissenschaftlern aus Europa und dem Aufstieg des amerikanischen (Wissenschafts-) Imperiums. Die Nachfrage nach Lehrkräften traf historisch eher zufällig mit der Flucht von Akademikern zusammen, ersteres ist aber geeignet zu erklären, warum es die Flüchtlinge in den USA vergleichsweise einfach hatten, beruflich Fuß zu fassen. Davie hat schon 1947 darauf aufmerksam gemacht, dass ein Drittel der in seiner Studie befragten Nazi-Flüchtlinge eine Aufwärtsmobilität und nahezu alle andere keinen beruflichen Abstieg zu verzeichnen hatten. (Davie 1947, 128ff.) Diese Daten sind selbst dann, wenn man Zweifel an der Aufrichtigkeit der befragten Neo-Einwanderer gelten machen will, beeindruckend, zeigen sie doch, dass die subjektive Amerikanisierung, hier verstanden als Assimilation, offenkundig erfolgreich verlief.

### ***Wissenschaftspolitik und ihre Probleme***

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts standen alle Nationen, die bereits über ein ausdifferenziertes System der wissenschaftlichen Forschung und Lehre verfügten, vor ähnlichen Problemen. Die Lösungen, die gefunden wurden, waren nicht immer Resultat von Planung, manchmal waren sie wohl von niemandem in der Form, in der sie sich dann etablierten, angestrebt worden. Als unmittelbare Folge des Prozesses der Modernisierung und der Ausweitung der bürgerlichen Freiheitsrechte auf bislang von weiterführender Bildung ausgeschlossene soziale Schichten, vor allem – und vor allen anderen – auf die weibliche Hälfte der Bevölkerung stellte sich die Frage des Zugangs zu weiterführender Bildung.

In den individualistischeren und deswegen demokratischeren Gesellschaften – also jenen, die die Inklusion aller Bevölkerungsteile in Staat und Gesellschaft früher als andere realisierten – verboten sich Maßnahmen sozialer Ausschließung wenigstens im Prinzip. Die Studentenzahlen für die USA belegen das eindrücklich, auch wenn man die Rassendiskriminierung nicht vergessen sollte.

Ständische Gesellschaften leisteten sich hingegen für längere Zeit den Luxus sozialer Diskriminierung. Den exklusiven Zugang zur Bildung zugleich horizontal – gegenüber Frauen – und vertikal – gegenüber den erst später so genannten bildungsfernen Schichten – verteidigen zu wollen, war in Demokratien unmöglich und oft auch unerwünscht. Der einen oder der anderen Gruppe musste man über kurz oder lang den Eintritt in die Universitäten zubilligen (die vergleichsweise hohen Studentenanteile in Österreich und der ČSR 1920 verweisen auf

Anpassungsprobleme zwischen dem nach wie vor stattlichen Ausbildungs- und dem geschrumpften Beschäftigungssektor in diesen beiden Nachfolgestaaten des Habsburgerreiches, die im alten Reich die administrativen und industriellen Zentren bildeten). Mit dem geschlechterdemokratisch legitimierten Einzug der Frauen in die Universitäten, der im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zögerlich begann<sup>36</sup>, nahm noch vor jeder bildungspolitisch beabsichtigten Ausweitung der tertiären Bildung, als Kinder Ungebildeter zu weiterführendem Schulbesuch aufgefordert wurden, die Zahl der Bildungswilligen zu. Das Problem, das zu lösen war, betraf den Status der angebotenen Ausbildung. Sollte neben den den Wissenschaften verpflichteten Universitäten stärker oder ausschließlich berufsbildende Hochschulen, beispielsweise für technische oder erzieherische Berufe, errichtet werden? Sollte die in Einrichtungen des tertiären Bildungswesens gebotene Ausbildung hierarchisiert werden, wie das im amerikanischen Fall der Trennung von undergraduate-Ausbildung in Colleges und der daran anschließenden in dafür eigens eingerichteten universitären *graduate schools* der Fall war? Sollten neue Professionen dieselbe Art Ausbildungseinrichtung bzw. Ausbildungsgänge zugebilligt bekommen wie die älteren der Mediziner und Juristen? Und schließlich: wie viel an (Aus-) Bildung war denn überhaupt nötig? Auf die meisten dieser Fragen gab es keine endgültige Antwort, sondern im Verlauf der Jahrzehnte wechselnde. Die national unterschiedlichen Angebote für die Ausbildung von (Grund-) Schullehrern und Sozialarbeitern bietet hier ein eindrückliches Anschauungsmaterial. Ständisch geschichtete Gesellschaften lagerten diese als pure Berufsausbildung gering geschätzte schulische Bildung in Einrichtungen außerhalb der traditionellen Universitäten aus, während in den jungen Demokratien diese Ausbildungsangebote wie selbstverständlich in die Colleges und Universitäten einbezogen wurden. Die *home economics*<sup>37</sup> in den USA bieten ein anschauliches Beispiel für den Umgang mit Ausbildungsproblemen in einer Gesellschaft, in der formale Bildung bereits als soziales Distinktionskapital Verbreitung gefunden hat und Standesdünkel gegenüber minderwertigen Arbeitsformen verpönt waren. Während in Europa Haushaltsarbeit subalternen Hausgehilfinnen übertragen war, die unter der Leitung einer von der eigenen Mutter erzogenen (aber eben nicht ausgebildeten) „hauptberuflichen“ Ehefrau standen, die oft genug über höchst zweifelhaft

---

<sup>36</sup> Die Zulassung von Frauen zum Studium erfolgte in verschiedenen europäischen Ländern sehr ungleich. Als eine der ersten Universitäten erlaubte die in Zürich Ausländerinnen ab 1863 zu inskribieren. Österreich war ein Nachzügler, wo Frauen erst ab 1897 an den Philosophischen Fakultäten studieren durften, 1900 folgten Medizin und Pharmazie während die Juridische Fakultät erst in der Ersten Republik und die Katholische Theologie gar erst nach 1945 folgten (Heindl & Tichy 1990 ,17f.) Deutsche Universitäten hatten das Frauenstudium großteils früher ermöglicht.

<sup>37</sup> In der Second edition of Webster's New International Dictionary 1934 heißt es dazu: "The science and art dealing with homemaking and the relation of the home to the community; theory and practice concerning the selection and preparation of food and clothing, conditions of living, the use of income, the care and training of children, etc. also the study or teaching of home economics, or an academic department concerned with this."

Kenntnisse verfügte, steht home economics für die Professionalisierung des Nähens, Eindosens, etc. – und verschwand wohl wegen der Lohndifferentiale und nicht wegen der Ausbildungsmängel bald wieder von der Bildfläche.

Über das ganze 20. Jahrhundert hinweg beschäftigte die akademischen Lehrer das Problem der “Massenuniversität” und – damit zumeist eng verbunden – die Klagen über das Absinken des Niveaus der Studierenden, ohne dass gesehen worden wäre, dass es sich primär um die horizontale Ausweitung des berufsbildenden Studienangebots gehandelt haben mag.

Der neuen Belastungen wegen sahen die Universitätslehrer die Möglichkeiten zur Forschung schwinden. Der als rasant wahrgenommene Zuwachs an Wissen, die Steigerung der Zahl der Erfindungen und Patente übten ihrerseits mentalen Druck auf jene aus, die sich auch als Forscher begriffen. Die institutionellen Antworten, die auf diese Klagen gefunden wurden, brachten zum einen die Delegation von Teilarbeiten an abhängige Untergebene, zumeist jüngere, akademische Lehrlinge; als Folgeproblem stellte sich die notwendig werdenden Organisation und Leitung von Forschungsgruppen und die Rekrutierung des Nachwuchses ein. Dazu gleich mehr. Freiheit zur Forschung konnte man auch durch zeitweilige Freistellung von universitärer Lehre und Routinearbeit gewinnen. Ein *Sabbatical* wurde erstmals 1880 vom Präsidenten der Harvard Universität einem Philologen gewährt: Alle sieben Jahre durfte er ein Jahr sein eigener Herr sein – allerdings musste er mit der Hälfte des Gehalts das Auslangen finden. Bis zur Jahrhundertwende setzte sich diese Regelung in den mit Harvard konkurrierenden sogenannten Forschungsuniversitäten des amerikanischen Nordostens als Regel durch, weil sie andernfalls von Abwanderung bedroht gewesen wären. Am Ende des 20. Jahrhunderts gab es diese Regelung fast überall in der Welt (Geiger 1986, 75). Wiederum stellten sich Folgeprobleme ein: Woher das Geld nehmen, um sich den halben Luxus eines freien Jahres leisten zu können? Um weniger wohlhabenden, meist jüngeren Professoren diese Möglichkeit nicht de facto vorzuenthalten wurden spezielle Fonds gegründet. Im Unterschied zu öffentlich finanzierten Universitäten, wo individuelle Rechenschaft für erhaltene Mittel nicht immer nötig war, verlangten diese Fonds und natürlich auch die privatwirtschaftlich organisierten amerikanischen Universitätsadministrationen nach dem Konsum derartiger Ferien Erfolgsnachweise. Forschungsvorhaben mussten daher auch auf von Institutionen statuierte Zeithorizonte abgestimmt werden.

Dem Regime von Belastung durch Lehre und Kontrolle durch die Administration konnte man auch entkommen, wenn man die universitäre Welt verließ und sich im außeruniversitären Sektor zu etablieren trachtete. Manche der Gelehrten-Akademien richteten reine Forschungsstellen ein und wo es diese Institutionen nicht gab oder sie zu unbedeutend waren,

traten private Stifter auf den Plan und etablierten außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Schließlich offerierte die Industrie ab den späten 1880er Jahren in rascher Folge spezialisierte Forschungseinrichtungen in Form der Industrielabors.<sup>38</sup> Es wäre voreilig, jenes mit kontemplativer Weltabgewandtheit gleichzusetzen und dieses unter dem Diktat unmittelbar verwertbarer Resultate stehend zu sehen, obwohl sich natürlich die Unterscheidung von Grundlagen- und angewandter Forschung genau in diesem Kontext entwickelte. Beide Typen von Einrichtungen riefen verständlicherweise Vertreter jener Disziplinen auf den Plan, die weder über das eine verfügten, noch das andere offerieren konnten. Manchem Überredungskünstler unter den Wissenschaftlern gelang es, eine private Quelle für recht Unpraktisches zu erschließen oder staatliche Stellen von der nationalen Mission seines geplanten Vorhabens zu überzeugen.<sup>39</sup>

Das Aufkommen außeruniversitärer Forschungsstätten brachte es mit sich, dass Finanzierungsfragen noch dringlicher wurden. Nationen mit starken Zentralregierungen und wenigen oder gar fehlenden privaten Förderern sahen sich vor allem genötigt, die Verteilung zu rechtfertigen. Bevorzungen ließen sich in einer Welt nominell Gleicher nur schwer durchsetzen – noch der letzte Provinzordinarius hielt sich für gleich wichtig, wie die wenigen herausragenden Gelehrten, die nicht immer über die entsprechenden organisatorischen Fähigkeiten verfügten, die erforderlich waren, um vom Ministerium jene Mittel zu bekommen, die man nötig hatte. Noch Ende der 1920er Jahre wunderte sich der im Auftrag der Rockefeller Foundation Europa bereisende Augustus Trowbridge darüber, dass er mehr als einen Nobelpreisträger getroffen habe, der im lokalen Vergleich mit Instrumenten, Laboreinrichtungen und ähnlichem unterausgestattet war (Kohler 1991, 150ff.). In Ländern mit riesigen privaten Vermögen, ging es für die Wissenschaftler zuerst darum, potentielle Geldgeber von der Förderungswürdigkeit ihres Tuns zu überzeugen. Der “Nutzen der Wissenschaft” wurde zwar nicht erst damals erfunden, aber seither zum Gradmesser. Aber auch wenn die Finanzierungshürde genommen war, blieb das Allokationsproblem virulent. Wer sollte finanziell unterstützt werden – nur die etablierten “exceptional men”, die beispielsweise dem amerikanischen self-made-Millionär und passionierten Philanthropen Andrew Carnegie besonders förderungswürdig erschienen oder auch die jungen, noch nicht profilierten, aber vielversprechenden Forscher? Und wie sollte man den fraglos nötigen Nachwuchs dazu bringen, sich einer wissenschaftlichen Laufbahn zu verschreiben, wenn

---

<sup>38</sup> Zur Industrieforschung: Serres 1994 und mit Bezug auf die Entwicklung in Deutschland: Turner 1982, Cahan 1982, Cahan 1985.

<sup>39</sup> Monumenta Germanica Historica als erste deutsche Großforschungseinrichtung; Ephesos-Ausgrabungen in Österreich; Vermessungen in den USA (U.S. Geological Survey und Coast and Geodetic Survey, vgl. Kohler 1991, 58).

diese mit langen, oft zu langen materiellen Durststrecken verbunden war oder sich wie im deutschen und österreichischen Fall gar als Hasard gestaltete? (Weber 1988, 585)

Aber nicht nur wer Förderung erhalten sollte, sondern auch für welchen Zeitraum diese gewährt werden sollte, wurde zum Problem. Kleine Beträge für kurzfristige Forschungsvorhaben konnten sich nicht nur als der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein entpuppen, sie zu vergeben, erforderte kompetente Beurteiler der Förderungsanträge und sie zogen wegen der großen Zahl einen enormen Verwaltungsaufwand nach sich und boten dem Finanzier nicht immer jene lobende Resonanz der breiteren Öffentlichkeit, die er sich als Gegenleistung für seine Großzügigkeit erwartete. War es in dieser Situation nicht besser, jemanden langfristig zu unterstützen, der schon unter Beweis gestellt hatte, dass er vielversprechende Forschungen durchzuführen in der Lage war? Aber wie verhinderte man dann die Entstehung einiger weniger Großforscher, die auf Kosten des Nachwuchses und der weniger Profilierten die Mittel monopolisierten?

Im Rückblick sieht man, dass die hier genannten Probleme nie und nirgendwo eindeutig gelöst wurden, sondern dass sich Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung immer wieder damit auseinandersetzen mussten und zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedliche Lösungen vorherrschten.

Man muss nicht der Auffassung sein, dass das Wissenschaftssystem der USA die richtigen Antworten auf all diese Probleme fand. Es lässt sich aber kaum bestreiten, dass dort die größte Vielfalt an Antworten ausprobiert wurde. Einige der sich in den USA als erfolgreich erwiesenen institutionellen Neuerungen wurden in anderen Regionen der Welt übernommen. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die USA das wissenschaftspolitische Laboratorium des 20. Jahrhunderts waren. Die Vielfalt der Institutionen und Politiken reicht von gescheiterten über umstrittene bis zu jenen wenigen, die von anderen als vorbildlich betrachtet wurden. Es scheint, dass die Vielfältigkeit selbst jenes Merkmal war, das die USA, neben dem materiellen Reichtum, schließlich zur führenden Wissenschaftsnation werden ließ.

Die Schaffung von Departments, die zuerst an den jüngeren US Universitäten eingeführt wurden und von traditionellen Universitäten wie Harvard erst relativ spät übernommen wurden, als organisatorischer Einheit führte in allen Universitäten zur Versammlung einer größeren Zahl von Vertretern des gleichen Faches. Damit verbunden entwickelte sich ein Zwang zur Kooperation, da man gegenüber der Universitätsverwaltung kollektiv schlechter gestellt war, wenn man rein individualistische Strategien wählte. Zerstrittene Departments wurden mit

Schließung bedroht und in jedem Fall finanziell kürzer gehalten. (Beispiele in: (Abbott 1999, Bulmer 1986). Die Allokation von Finanzmitteln auf dieser Organisationsebene erzwang Kooperation und Kompromiss unter den Mitgliedern und unterband Trittbrettfahrer-Verhalten Einzelner, weil die Studiengebühren der Studenten als Regulativ wirkten. Studenten eroberten zwar nie die exklusive Position, die ihnen nach den Regeln der Modellökonomie eigentlich zukommen sollte: Wer bezahlt, schafft an – aber steuernden Einfluss übten diese Konsumenten zumindest insofern aus als der Markt ihnen Alternativen bot. In Albert Hirschmans Terminologie (Hirschman 1974) hatten sie die Abwanderungs-, nicht aber die Widerspruchsoption. An Ausbildung Interessierte anzuziehen erforderte weiterhin ein Mindestmaß an interner Vielfältigkeit, was seinerseits Außenseitern größere Etablierungschancen bot<sup>40</sup> Eine flachere Stushierarchie und das Fehlen persönlicher Abhängigkeiten (wie der vom Ordinarius deutscher und österreichischer Universitäten) trugen zur internen Diversität bei. (diesen Begriff verwendet Bulmer 1986 im Untertitel seiner Untersuchung über die Chicagoer Schule, um die dortige departmentsinterne Vielfalt zu bezeichnen) Dem Department auf der Ebene der einzelnen Universität entsprach auf nationaler Ebene die frühe Bildung von professionellen Organisationen, die ihrerseits und im Verein mit Mobilitätschancen und –zwängen, die Wissenschaftler nötigte, zwischen Universitäten zu wechseln. Das führte nicht beabsichtigt zu einer Vereinheitlichung der sozialen und kognitiven Gestalt der Disziplinen. Mitglied des Departments für X und der professionellen Vereinigung X zu sein bewirkten wohl unweigerlich, dass sich die Person als Mitglied der Disziplin X sah und ihre wissenschaftliche Produktion auf die dort herrschenden Standards und Vorlieben zumindest abstimmt. In dem Maße, in dem die Jahrestagungen der Professionsverbände auch als Job-Börsen fungierten und damit zu Umschlagplätzen für den Nachwuchs wurden, musste sich dieser wohl oder übel an den Vorgaben orientieren. Damit existierten aber in den USA schon am Beginn des 20. Jahrhunderts jene Strukturen, die in Europa erst mit deutlicher Verzögerung – und vermutlich nachahmend – geschaffen wurden, obwohl bis heute manche Facetten nicht übernommen, aber auch nicht durch bessere ersetzt wurden.<sup>41</sup>

---

<sup>40</sup> Ein Mann wie Thorstein Veblen hätte beispielsweise an keiner deutschsprachigen Universität reüssieren können. Der bekannteste Fall eines aus der Universität hinausgeworfenen, W. I. Thomas, illustriert das Muster ebenso wie der Fall der Nichtberufung Bertrand Russells an das City College in New York – war es in einem Fall sexuelle Freizügigkeit, so im anderen der Atheismus, beides wohl in stärkerem Maße frei gewählte Persönlichkeitszüge als diejenigen, die im deutschen und österreichischen Hochschulwesen zu Ausschluss führten. Eine vergleichende Studie Hinausgeworfener könnte hier weiterhelfen, sie gibt es aber m.W. leider nicht.

<sup>41</sup> Eine Job-Börsen-Funktion hatten Soziologiekongresse nie und die Selbstwahrnehmung als Mitglied einer bestimmten Disziplin ist deutlich geringer ausgeprägt, wohl auch weil Österreicher an anderen intermediären Organisationen deutlich stärkere Anteile nehmen.

Wegen des Fehlens einer zentralstaatlichen Verwaltung und Finanzierung der Universitäten traten – im Zusammenspiel mit einem kulturellen Klima des Wissenschaftsoptimismus – neue Akteure auf: Korporative wie Stiftungen, aber vor allem deren Mitarbeiter, übernahmen Steuerungsfunktionen. Die Stiftungsmitarbeiter entschieden oft aufgrund sehr weitreichender Kompetenzen, die ihnen eingeräumt wurden, über die Allokation von Mitteln und die Entwicklung von Forschungsfeldern. Dabei griffen sie regelmäßig auf die Expertise von Gruppen von Wissenschaftlern zurück, die ihrerseits häufig von den professionellen Vereinigungen gebildet und beschickt wurden.

Forschung wurde einem neuen Zeitregime unterworfen, weil nicht nur Stiftungsgelder, sondern auch universitätsintern verteilte Mittel fast immer zeitlich befristet vergeben wurden und über eine Verlängerung oder einen Neuantrag auch aufgrund der bisherigen Ergebnisse entschieden wurde. Heute ist es selbstverständlich im Zusammenhang mit Forschungsvorhaben von „Projekten“ zu reden, die als zeitlich befristet betrachtet werden; erfunden und auf breiter Basis eingeführt wurde diese folgenreiche Strukturierung der sozial erwarteten Zeithorizonte, innerhalb derer Vorhaben zu einem vorzeigbaren Ergebnis führen müssen, in den USA als Nebenprodukt der externen Finanzierung. Im Zusammenhang mit dem Regulativ der Berichtspflicht und Evaluation vergangener Tätigkeit revolutionierten sie die wissenschaftliche Forschung.

Schließlich findet sich zuerst in den USA ein Modell der Finanzierung der wissenschaftlichen Karriere. Im Europa vor dem Ersten Weltkrieg – und teils auch noch danach – musste die Zeit zwischen dem Abschluss des Studiums und der Erlangung einer Professur aus eigenen Mitteln, die oft genug die der Herkunftsfamilie waren, beglichen werden. Dieses Karrieremuster war sozial höchst selektiv. Die Vorstellung, dass wohlhabende Familien einen Teil ihres Vermögens in eine, noch dazu unsichere, Zukunft eines Sprösslings investieren sollten, scheint sich trotz des materiellen Reichtums in den USA nicht etabliert zu haben. An die Stelle des Rentner-Gelehrten, der nach der Hyperinflation im Gefolge des Ersten Weltkriegs zumindest in Zentraleuropa ausstarb, und des einem Brotberuf nachgehenden Privatdozenten, der auf seine akademische Chance in forschungsfremden Umgebungen zu warten hatte, trat der ‚post-doc‘, ein junger Mann und bald auch eine Frau, denen Stipendien bezahlt wurden, um Forschungskompetenz zu erwerben und die wegen der erwähnten flacheren Hierarchien und der insgesamt größeren Zahl an Stellen, nach ein oder zwei Jahren in den regulären akademischen Betrieb eintreten konnte. Die spätere Absenkung der Schwelle der regulären Beschäftigung auf Doktoranden, *graduates*, vervollständigt das Karrieremuster und trieb es an eine Grenze, wo

unvereinbare Rollenerwartungen zu Konflikten führen mussten. In letzter Konsequenz führte es nämlich zum Paradox, dass in der Gegenwart Studierende, weil sie zugleich als Lehrende für *undergraduates* tätig sind, sich gewerkschaftlich zu organisieren begannen, aber nicht als Studenten, sondern als schlecht bezahlte Aushilfs(lehr)kräfte.

In Abwandlung des von Rudolf Hilferding (1910) auf den Kapitalismus dieser Zeit gemünzten Begriffs könnte man mit Blick auf die USA von einer “organisierten” Wissenschaft reden, die sich im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts im Zuge eines auf Versuch und Irrtum zählenden, viele Versuchsleiter umfassenden Sozialexperiments entwickelte. Die Entwicklung folgte dabei einem Muster, das aus der Geschichte der Sozialtheorien in den USA vertraut ist. Den in den USA am Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert vorherrschenden Sozialtheorien wurde bekanntlich eine starke Affinität zum Sozialdarwinismus attestiert, was darauf zurückgeführt wurde, dass die Einwanderergesellschaft vielen Chance bot und einige zu exorbitantem materiellen Erfolgen verhalf. Keiner der Autoren, die sich ideologiekritisch mit dem amerikanischen Geist, seiner Vorstellung von exceptionalism und destiny auseinandergesetzt haben, hat meines Wissens den Gedanken erwogen, dass auch auf der Ebene der Institutionenbildung ein Muster zu entdecken wäre, das man gern als darwinistisch bezeichnen würde, wäre dieser Ausdruck nicht schon so oft pejorativ benutzt worden. Im Gegensatz zu den oftmals wegen ihrer Unerbittlichkeit kritisierten Ausleseverfahren unter Individuen, lässt sich auf der moralisch weit weniger problematischen Ebene der Institutionen nämlich ein strukturähnliches Muster identifizieren. Moralisch weniger fragwürdig ist die Institutionen-Ebene, weil der Misserfolg einer Institution zwar sicherlich Kosten verursacht, aber selten Individuen ruiniert. Das Wissenschaftssystem der USA zeigt seit dem Ende des Bürgerkriegs – davor kann man noch kaum von einem System sprechen – die Tendenz zur Vielfalt, die durch fast nichts an der Ausbildung weiterer ‚Mutationen‘ gehindert wurde. Diese Diversität stellte sich recht bald als anderen Modellen überlegen heraus. Wobei man eine Vielfalt zwischen von derjenigen innerhalb von Einzeldisziplinen unterscheiden sollte. Jede beruht auf anderen Bedingungen des Entstehens und zieht andere Folgen nach sich. Die Ausdifferenzierung von Einzeldisziplinen kann wie jede Arbeitsteilung produktivitätssteigernd sein, im Fall wissenschaftlicher Arbeitsteilung aber auch dazu führen, dass der Zusammenhalt verloren geht. Die Entfremdung des in die disziplinäre und subdisziplinäre Arbeitsteilung Eingespannten wird sich kaum wie jene von Marx bei Handarbeiter diagnostizierte darin ausdrücken, dass er das Produkt nicht mehr als seines zu erkennen vermag, sondern wohl eher in der Form, dass er sein Produkt oder das seiner Disziplin für das Ganze der Erkenntnis der sozialen (oder auch natürlichen) Welt hält.

Innerhalb der akzeptierten Grenzen von Disziplinen – oder auf lokaler Ebene innerhalb eines Departments – scheint der Vorzug der Diversität augenscheinlicher. Jedenfalls für Studenten, die ein breiteres Angebot offeriert bekommen (was vermutlich in den meisten Fällen der primäre Grund für die Förderung der Vielfalt an jenen Universitäten ist, an denen Studenten qua Studiengebühren über Einfluss verfügen) aber vermutlich auch für die Forschung – jedenfalls dann, wenn man Ideen wie kritische Masse und Kommunikationsdichte als innovationsfördernde Größen akzeptiert (Hage 1999, Hage 2000, Hollingsworth & Hollingsworth 2000, Müller 2000).

Bis zum Kriegseintritt der USA 1941 erwiesen sich einige dieser Neubildungen als höchst lebensstüchtig; danach trat, nicht zum ersten Mal, aber diesfalls langfristig und mächtig, der Staat als Akteur in das Wissenschaftssystem ein und transformierte es von Grund auf. In gewisser Weise wurde Amerika danach viel europäischer, was manche, allerdings nicht mit Blick auf diese Konstellation, auf den Einfluss der Intellektuellen unter den Hitler-Flüchtlingen zurückführen. Ob dies zutreffend ist, wird am Ende des Durchgangs durch einige der Stationen, die hier nur angerissen wurden, vielleicht eher möglich sein.

### ***Neue Spender und Entscheider***

Nur der enorme Reichtum der USA machte *foundations* möglich. Das Vermögen entstand aufgrund von kulturellen und wirtschaftlichen Bedingungen, die charakteristisch für die amerikanische Gesellschaft waren – und immer noch sind – und hier nicht im einzelnen angeführt werden müssen. Sie wurden von ausländischen Besuchern staunend beobachtet, von Amerikanern verherrlicht und verdammt. Schlagworte wie *self-made-millionaire*, *robber baron* und *big spender* wurden Teil der Alltagssprache und Pop-Kultur, nicht nur in englischsprachigen Ländern.

Die religiösen Wurzeln der Philanthropie, also der Einstellung, die es geboten erscheinen ließ, dem Gemeinwohl – oder genauer: historisch variablen Deutungen desselben – durch Geld- oder Zeit-Spenden zu dienen, waren Gegenstand eingehender Studien. Die über den ‚Geist des Kapitalismus‘ zählt immer noch zum Curriculum der sozialwissenschaftlichen Grundausbildung, obwohl darin über nordamerikanische Verhältnisse manche fragwürdige Behauptung zu finden ist. Ein ganzes Bündel an institutionellen Bedingungen, die raschen Erwerb von Reichtum ermöglichten, und die begleitenden normativen Orientierungen sind zugleich verantwortlich dafür, dass die USA zwar das reichste Land der Welt sind, aber eines der am wenigsten ‚inklusive‘ Systeme der sozialen Sicherung besitzen. John Kenneth Galbraiths Jahrzehnte alte Diagnose “private wealth and public poverty” gilt immer noch. Aber hier geht es nicht um sozialpolitische Gegenwartsfragen, sondern um die Herausbildung einer neuen Form von

Wissenschaftsförderung, weswegen Fragen der Gesellschaftsanalyse nur insofern behandelt werden, als sie für das Verständnis der Entwicklung der Institutionen der Wissenschaft von Belang sind. Ein Knotenpunkt, der die Sphären der Ökonomie mit jenen der Sozialmoral und dem System der Wissenschaften verknüpft, ist die Förderung, die letzteres durch private philanthropische Stiftungen erfährt.

Philanthropie ist ein schildernder Begriff und seine wörtliche Bedeutung wenig hilfreich, wenn man erfassen will, was darunter zu verstehen ist. Einmal bezeichnet man damit jede Form von Wohltätigkeit, die von Einzelnen anderen oder sozialen Gruppen gewährt wird. Bedürftigen aller Art soll die tätige Hilfe ihrer Mitbürger zuteil werden. Die erfolgreiche Ausübung dieser Art von Nächstenliebe verhinderte die Ausbildung jener sozialen Sicherungssysteme, die in allen anderen entwickelten Staaten die Redistribution von Reichtum gewährleisten und die Streuung sozialer Risiken sicherstellen wollen. Wohltätigkeit ist eine Sache zwischen Individuen, zwischen jenen, die moralisch zu geben verpflichtet sind, und denen, die erwarten dürfen, dass ihnen gegeben wird, wenn sie als bedürftig gelten, worüber allerdings nicht sie, sondern die Geber die Definitionsmacht besitzen. Alexis de Tocqueville meinte nach seiner Reise durch die USA im 55. Jahr nach Ausrufung der Republik sogar, dass sich ein „allgemeines Gefühl des Mitleids für alle Mitglieder der menschlichen Rasse“<sup>42</sup> einstelle, wenn die Demokratie Barrieren des Standes und der damit verbundenen Privilegien beseitige. Er scheint zumindest in einem Punkt Recht zu haben, weil amerikanische Philanthropen, wie wir noch sehen werden, ihre Tätigkeit oft genug über ihr eigenes Land hinaus auf bedürftige Fremde ausdehnten.

Rechtsansprüche sind in einem System der Nächstenliebe undenkbar und soziale Bürgerrechte unbekannt. Es fehlt ein Staat, der als Zwangsapparat den einen nimmt, um es den anderen zu geben (und aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und Missbrauchsverhinderung auch denen wieder etwas zukommen lässt, denen es vordem weggenommen wurde). Im idealen Fall spenden die Wohlhabenderen einer Gesellschaft ohne oder mit geringem Abgabenzwang den gleichen Anteil wie die zu Sozialabgaben-, Versicherungs- und Steuerleistungen verpflichteten Staatsbürger von Wohlfahrtsstaaten. Aber ideale Konstellationen sind scheue Wesen. Dass dieses System in den Vereinigten Staaten, die ja beileibe nicht die einzige vom Puritanismus geprägte Kultur war, zu überleben vermochte, verdankt sich unter anderem der dort gut verankerten Überzeugung, wonach das normative Bündel der

---

<sup>42</sup> „In democratic ages men rarely sacrifice themselves for one another, but they display general compassion for the members of the human race. They inflict no useless ills, and they are happy to relieve the griefs of others when they can do so without much hurting themselves; they are not disinterested, but they are humane.“ Democracy in America, Vol II, Section 3: Influence of Democracy on Manners Properly so Called; zitiert in Bremner 1988, S. 54, (Tocqueville 1961).

Nächstenliebe auch jene Tugend fördere, die für die Entstehung des Reichtums der Wenigen die Voraussetzung bilde: Eigeninitiative. Armut ist im gleichen Maß selbst verschuldet wie schneller Reichtum als persönlicher Erfolg gilt. Um das eine zu beseitigen und das andere zu fördern, seien missionierendes Predigen der Tugenden, die den sozialen Aufstieg befördern, und individuelle Hilfe für die Gestrauchelten die beste Medizin. Schon früh wurde behauptet, die Schaffung eines Systems nationaler sozialer Sicherung würde die Bereitschaft zur lokalen Wohltätigkeit austrocknen.<sup>43</sup> Trotz aller wahrscheinlich bestehenden wechselseitigen Abhängigkeit zwischen der individuellen Bereitschaft zur Wohltätigkeit und der Ausformung jener Tugenden, die die Mittel für diese Hilfe quasi als Nebenfolge schafft, aber auch die Anleitung für die Münchhausenjade buchstabiert, sich doch am eigenen Schopf aus dem Schlamassel zu ziehen, scheint es nicht unmöglich, dass die fragilen Institutionen, die aus der eben skizzierten sozialpolitischen Lesart von Philanthropie resultierten, durch ein System sozialer Bürgerrechte und entsprechender zentral gesteuerter Umverteilungsinstrumente ersetzt werden, ohne die andere Seite der individualistischen ‚Menschenliebe‘ deswegen zum Vertrocknen zu bringen. Mit der Wohltätigkeit werde ich mich im folgenden nicht weiter auseinandersetzen, sondern mich jener Form von Philanthropie zuwenden, die schließlich zur Ausbildung von Wissenschaftsförderungseinrichtungen führte.

Die andere Deutung von Philanthropie ist nicht auf soziale Nöte gerichtet, sondern auf jene Bedürfnisse, die sich nach Ansicht von Abraham Maslow (1954) und seinen Nachfolgern erst ausbilden, wenn die primären befriedigt sind. Die Bedürfnishierarchie oberhalb der Primärebene (und die Definition der Grenze zwischen den beiden) ist dem sozialen und kulturellen Wandel unterworfen. Während sich zwar die Art der Befriedigung der Primärbedürfnisse im Lauf der Zeiten ändern mag, bleiben sie selbst vom historischen Wandel unberührt. Nur Wenige verzichten auf das eine oder andere primäre Bedürfnis oder unterdrücken es, während die große Mehrheit sich weder das Essen noch die Liebe ausreden lässt. Wegen des rascheren Wandels der ‚höheren‘ Bedürfnisse könnte man argumentieren, dass sie besonders gut geeignet sind, durch private Initiativen befriedigt zu werden, weil Zentralverwaltungen bekanntlich konservativ sind und Änderungswünschen jeden erdenklichen Widerstand entgegensetzen, wie man beispielsweise an der staatlichen Finanzierung der aus den Zeiten der höfischen Gesellschaft stammenden Einrichtungen sehen kann, die damals der Erbauung und Ablenkung der Höflinge dienten und heute einer ebenso kleinen Gruppe von Kulturinteressierten unter Kostenbeteiligung der vielen offeriert werden, die daran gänzlich

---

<sup>43</sup> Karl & Katz 1981,240 zitieren aus einem Veto des US-Präsidenten aus dem Jahr 1854, worin sich dieses Argument findet.

desinteressiert sind. Der Unterhaltung und Erbauung gewidmete, aber erst in demokratischen Zeiten entstandene Einrichtungen, wie Kino, Urlaub und bestimmte Sportarten, müssen hingegen ganz selbstverständlich von den Nutzern selbst erhalten werden.

Religiöse, ästhetische, kontemplative und kognitive Bedürfnisse, Kirche, Bildung, Kultur und Wissenschaft als Institutionen wurden in den letzten zwei Jahrhunderten von amerikanischen Philanthropen bedient. Wurde anfangs typischerweise der Betrieb einer Sonntagsschule irgendeiner Konfession aus Spenden der Gemeindemitglieder ermöglicht, so richtete sich nach dem Bürgerkrieg die Aufmerksamkeit auf die Erziehung der damals noch *negroes* genannten Kindeskiner der aus Afrika verschleppten Sklaven. Das weitläufige System der *public libraries* verdankt seine Entstehung fast vollständig privater Initiative und half Einwanderern jeden Bildungsgrades bei ihrem Bemühen, sich in der neuen Welt zurechtzufinden. Heute finanzieren Wohltäter Museen, Konzerte, Forschungsinstitute oder die Re-Etablierung offener Gesellschaften in den früher kommunistisch regierten Ländern. (Überblick in: Nielsen 1972 und Nielsen 1989).

Jeder Überblick zur Geschichte philanthropischer Aktivitäten in den USA liest sich wie eine Chronologie der jeweils herrschenden Wertvorstellungen. Eine entscheidende Wendung nahm die Philanthropie als im Zuge der Entstehung der Massengesellschaft sich auch die sozialen Probleme vervielfachten und jeder helllichtige Beobachter erkennen musste, dass durch wohlthätige Spenden die Übel bestenfalls kleinformaligst gelindert werden konnten. An die Stelle der älteren *charity*, die Individuen über Notlagen hinweghelfen wollte, trat eine Philanthropie, die sich wissenschaftlicher Einsichten bediente und diese zu fördern trachtete. Trainiert darin, in Kausalketten zu denken, wandten sich ihre Betreiber nicht mehr unmittelbar der Behebung von Not zu, sondern beabsichtigten, die Wurzeln derselben zu entdecken. Public Health, medizinische Forschung und Kampagnen zur Beseitigung von Seuchen, Epidemien und Infektionsherden traten an die Stelle der Waisenfürsorge, Bekämpfung der Trunksucht und der als Hygieneproblem wahrgenommenen Prostitution. Damit war das Startzeichen für die sich bildende Liaison zwischen wohlhabenden Spendern und Wissenschaftlern gesetzt. Versprachen die Wissenschaften nicht, die gesetzmäßigen Zusammenhänge offen legen zu können, die Krankheiten verursachten? Warum sollte derselbe wissenschaftliche Zugang nicht auch in der Lage sein, die Wurzeln der sozialen Übel bloßzulegen, die im geistigen Horizont der Zeit ja gern als soziale Pathologie gesehen wurden? Die weit verbreitete, durch die Erfolge der Naturwissenschaften angespornte Auffassung, man könne, wenn man nur lange genug forsche, auch die Gesetzmäßigkeiten des Sozialen finden, wirkte katalysatorisch. Allerdings waren, nach

dem Bekunden der Experten, die meisten (Sozial-) Wissenschaften dazu noch nicht in der Lage und bedurften daher der Förderung (Karl & Katz 1981, 243f.).

Beginnend um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wandten sich einige Industriemagnaten den Wissenschaften als den Bedürftigen der Moderne zu und übernahmen – jedenfalls nach eigenem Bekunden – zugleich auch Instrumente derselben, um ihren Spenden die gewünschte Treffsicherheit zu geben. Die *scientific philanthropy* war geboren. Die beiden bekanntesten Wohltäter waren Andrew Carnegie und John D. Rockefeller sen., prototypische *self-made-men*, die rücksichtslos die sich ihnen bietenden Chancen wahrgenommen hatten, reich zu werden. Beide hatten seit frühester Jugend allerdings auch einen Teil ihres Einkommens, das damals noch keineswegs bemerkenswerte Höhen erreicht hatte, wohltätigen Zwecken gespendet und setzten dieses Verhalten später in entsprechend vergrößertem Umfang fort. Aber ihr Reichtum war so groß, dass der Anteil, den sie verteilen wollten, mit den herkömmlichen Mitteln nicht mehr zu meistern war. Auch *robber barons* waren vom Geist der Wissenschaften erfasst worden, den sie sich nun zugleich zu Nutze machen wollten und den sie zu beflügeln beabsichtigten.

Carnegie erhob, nachdem er in der Stahlindustrie zum beherrschenden Unternehmer und Multimillionär geworden war, die Re-Distribution zur persönlichen Weltanschauung, die er, der gern zur Feder griff, wortreich verkündete. Ganz so als habe er die Institution des Potlatch bei den Kwakiutl-Indianer schon gekannt (die in diesen Jahren von Franz Boas entdeckt worden war, aber erst im Laufe der Jahre einem breiteren Publikum bekannt wurde<sup>44</sup>), verkündete er 1889 im Alter von vierundfünfzig Jahren, es sei “eine Schande reich zu sterben.” Statt unermessliches Vermögen inkompetenten Erben zu überantworten (oder es erst testamentarisch vage guten Zwecken zu stiften), solle jeder Millionär in der zweiten Hälfte seines Lebens danach streben, seinen Reichtum der Öffentlichkeit zukommen zu lassen. Als *Gospel of Wealth* ging Carnegies Pamphlet wenn schon nicht in die Weltliteratur, so doch in die Geschichte der Philanthropie ein. Darin vertrat Carnegie die Auffassung, dass, so wie die Anhäufung von Reichtum eines Fachmanns bedurfte, auch dessen Re-Distribution ein vergleichbares Organisationstalent erfordere. Der Potlatch der Super-Reichen musste ebenso in Szene gesetzt werden wie die Umverteilung des Wohlstands bei den Indianer-Stämmen an der kanadisch-amerikanischen Westküste. Je besser er vorbereitet würde desto größer sei auch die Zufriedenheit jener, die sich während der Verteilung den Magen füllten und von den Überbleibseln so viel wie nur möglich nach Hause schafften. Die Analogie zum Potlatch kann auch vor Augen führen, dass – in

etischen Betrachtungsweise – die philanthropische Re-Distribution in modernen Gesellschaften Funktionen der Sozial-Integration wahrzunehmen vermochte. Wenn der in den Händen einiger weniger angehäufte Reichtum auf verschlungenen Wegen später der Allgemeinheit wieder zukam, konnte die moralische Rechtmäßigkeit des ersten Schritts weniger angezweifelt werden.

Der exzentrische, kleingewachsene schottische Einwanderer – 1905 porträtiert eine Karikatur in *Life Magazine* einen weißbärtigen älteren Mann in schottischer Landestracht, der mit Dollars um sich wirft und dabei recht zufrieden drein sieht (Bremner 1988, 104) – platzierte bis zu seinem Tod als 84-Jähriger im Jahr 1919 mehr als 300 Millionen \$ in den verschiedenen nach ihm benannten Stiftungen. In diesen Jahren musste Carnegie lernen, dass das Spenden von Geld schwierig war. Sicher bedurfte man nicht jener Tugenden, die nötig waren, um reich zu werden, aber einfach war auch das Ausgeben nicht. Als er starb, waren immer noch Millionen vorhanden und das obwohl er in seinen letzten Lebensjahren schon recht hastig zu verteilen begonnen hatte. Intelligentes Spenden, also solches, das die angestrebten Ziele – eigene oder jene der Empfänger – zu erreichen vermag, ist mühsam. Unternehmer, wie Carnegie, die beim Verdienen meist gewohnt waren, ihre Ziele zu erreichen, mussten feststellen, dass im Geschäft des Spendens viele unvorhergesehene Hürden zu überwinden waren. Aber sie waren sich sicher, dass sie auch diese Herausforderung meistern würden.

Carnegies Vorbild spornte an. Unter jenen, die ihn anfangs imitierten und dann mit ihm wetteiferten, war der bemerkenswerteste der im Erdölgeschäft reich gewordene Rockefeller. Sein Ruf als Unternehmer war noch viel schlechter als derjenige Carnegies; beide hatten sich beim Geldverdienen nicht sehr um Moral und Recht gekümmert, bestachen und betrogen, nutzten jeden sich ihnen bietenden Vorteil – mit einem Wort, sie waren bei der Bevölkerung keineswegs beliebt und angesehen. Als sie ihren Reichtum zu verteilen begannen, argwöhnten viele, dass das nur zur Beschönigung, Verschleierung oder gar der erfolgreichen Durchsetzung ihrer Erwerbsabsichten diene. Letztlich sollten beide, weit über ihren Tod hinaus, freilich weit mehr wegen ihrer Spenden als wegen der Art des Vermögenserwerbs im kollektiven Gedächtnis der Amerikaner einen festen Platz erobern.

Die Übernahme wissenschaftlicher Instrumente bei der Verteilung ihres Vermögens durch Carnegie und Rockefeller lag gleichsam im Zeitgeist; die Stiftung eines Teils ihres Vermögens an die Wissenschaften war allerdings überraschender. Wie die lange Geschichte der Philanthropie zeigt, erweisen die Besitzer großer Vermögen bei der Wahl der zu unterstützenden Institutionen

---

<sup>44</sup> Vor allem durch die Boas Schülerin Ruth Benedict, deren populäre Deutung des Potlatch von Harris dahingehend kritisiert wurde, dass sie bei der Darstellung mehr dem Publikum als den Feldnotizen folgte: Harris 1989, 134ff.

oft den vorherrschenden Problemdefinitionen ihrer Gesellschaft und Kultur Reverenz. Selten traten sie in der Rolle des Philanthropen als soziale Innovatoren auf. Diese Rolle blieb ihren Bittstellern bzw. manchen ihrer Mitarbeiter überlassen. Wer Gutes tut, will wohl auch haben, dass die Allgemeinheit ihm dafür Applaus zollt. Mit diesem kann am sichersten rechnen, wer Einrichtungen fördert, die von eben jenem Publikum als besonders förderungswürdig betrachtet werden. Der weit verbreitete Glaube an die Wissenschaften führte in den USA des beginnenden 20. Jahrhunderts jedenfalls dazu, dass diese beiden Magnaten sich entschlossen, einen Teil ihres Vermögens Stiftungen zu übertragen, die auf die eine oder andere Weise als Wissenschaftsförderungseinrichtungen tätig wurden.

Es ist hier nicht der Platz, die philanthropischen Imperien von Carnegie und Rockefeller im Detail zu schildern (vgl. (Lagemann 1999, Kohler 1991, Bremner 1988, Fosdick 1952), es genügt, die Probleme zu benennen, die sich bei der Förderung der Wissenschaften auftaten und jene Mechanismen herauszuarbeiten, die sich bei diesem Geschäft als zweckmäßig erwiesen. Carnegie und Rockefeller nahmen an den Aktivitäten ihrer Stiftungen anfangs aktiven Anteil, was nicht alle Stifter tun. Hatten sie im Geschäftsleben in letzter Instanz ihren persönlichen Intuitionen vertraut, mussten sie sich bei der neuen Tätigkeit in höherem Maß dem Urteilsvermögen anderer unterordnen. Idiosynkrasien, von denen sich beiden am Beginn ihrer Karriere als Philanthropen leiten ließen, waren keine guten Ratgeber, als sie die Welt der Wissenschaftsförderung betraten. Der Unterschied lag vor allem darin, dass in diesem Fall sich weder die Wahl der zu fördernden Bereiche aufdrängte noch der durch die Unterstützung erzielbare soziale Nutzen augenscheinlich waren. Da alle Philanthropen öffentliche Kontroversen über die von ihnen unterstützten Einrichtungen oder Maßnahmen vermeiden wollten, agierten sie in der Welt der Wissenschaftsförderung unsicher und eher zurückhaltend.

Carnegies Finanzierung der *public libraries* – er versprach jeder Gemeinde, die Kosten für die Errichtung einer Bibliothek zu übernehmen, wenn diese im Gegenzug ein Grundstück zur Verfügung stellte und den laufenden Betrieb sicherte – stieß zwar auch gelegentlich auf Widerstand,<sup>45</sup> aber was die zu überwindenden Hürden waren, war klar und der Nutzen einer Bibliothek stand nicht in Frage. Die Distribution von Wissen an alle, die daran interessiert waren, war in der die Gleichheit der Startchancen hoch haltenden amerikanischen Gesellschaft viel selbstverständlicher als in den ständischen Gesellschaften Europas, die den privilegierten Zugang zum Wissen viel länger aufrecht erhielten.

---

<sup>45</sup> Beispielsweise hielt der amerikanische Sozialist Eugene V. Debs die Stiftung von Stadtbibliotheken durch „philanthropic pirates of the Carnegie class“ für entbehrlich, da nach Überwindung des Kapitalismus derartige Einrichtungen im Überfluss zur Verfügung stehen würden, zit. in Lagemann 1989, 23f.

Als Wissenschaftler vorstellig wurden, musste man zwischen Scharlatanen und Könnern ebenso unterscheiden lernen, wie man eine Entscheidung darüber treffen musste, welche Zweige der Wissenschaft wert waren, unterstützt zu werden. Die pompösen Motti der beiden wichtigsten Stiftungen boten dafür keinen funktionstüchtigen Kompass. Die 1911 gegründete Carnegie Corporation, die letzte und größte seiner Stiftung, die ein Vermögen von \$ 125 Millionen (2282 Millionen in 2001 Preisen) übertragen bekommen hatte, sollte “promote the advancement and diffusion of knowledge and understanding among the people of the United States.” Die zwei Jahre danach errichtete Rockefeller Foundation, mit einem Startkapital von \$ 182 Millionen (3322 Millionen in 2001 Preisen) machte sich “The Well-Being of Mankind Throughout the World” zur Aufgabe (Geiger 1986, 143).

Die Vagheit dieser Motti war zustande gekommen, weil die beabsichtigte Art von Wohltätigkeit selbst eine Novität darstellte. Philanthropische Spenden waren bis dahin mehr oder weniger klar umrissenen Zwecken gewidmet worden, die – und darin drückt sich wiederum eine Spezifik der Vereinigten Staaten aus – vor allem auf lokaler Ebene ein jedermann bekanntes und von allen beklagtes Übel bekämpfen sollten oder im Sinne der Befriedigung sekundärer Bedürfnisse einen klar umrissenen Nutzen für alle Gemeindemitglieder bieten sollten. Die wissenschaftliche Forschung, aber auch schon die Lehre, deren Verbesserung Carnegie ebenfalls eine Stiftung gewidmet hatte, waren keine lokalen Phänomene mehr, sondern nationale, ja zunehmend internationale. Als Rockefeller die Szenerie als *big spender* betrat, agierte er anfangs noch ganz in der lokalen Tradition: Er gab einem baptistischen College in Chicago Geld, um eine Universität zu gründen. Dass daraus die renommierte University of Chicago werden sollte, war nicht vorhersehbar. Zum Zeitpunkt als an die Stelle derartiger lokaler Wohltaten eine generelle Förderung der Wissenschaft treten sollte, waren weder die Definition des zu fördernden Gegenstands eindeutig noch die ins Auge gefasste Gruppe der Bevorzugten klar. Nicht zuletzt deswegen wählten beide derart pompöse Aufgabenstellungen.<sup>46</sup>

Die Stiftungen, die derart allgemeine Zielsetzungen verfolgten, wurden erst recht spät gegründet. Im Fall der Carnegie Corporation (CC) wohl auch aus dem Umstand heraus, dass immer noch Vermögen zu verteilen war und es in den spezifischeren Aufgaben gewidmeten Stiftungen – im Fall Carnegies waren das diejenige für internationalen Frieden und jene für die Verbesserung des Unterrichts – nicht mehr untergebracht werden konnte (und sich weitere dieses Typs nicht mehr aufdrängten). Große Stifter, wie diese beiden Industriellen, standen dem Problem gegenüber, auszuwählen, was sie (noch) fördern wollten. Die schließlich getroffenen

Entscheidungen – beispielsweise im Fall von Rockefeller die Wahl von christlicher Missionstätigkeit in China, verschiedene Formen medizinischer und public health Aktivitäten, die Unterstützung von Kriegsopfern in Europa oder die Seuchenbekämpfung in Zentralamerika – spiegeln persönliche Präferenzen und den Einfluss langjähriger Berater in philanthropischen Angelegenheiten wider. Als gleichsam das ganze Terrain bestellt war – und immer noch Millionen zu stiften übrig blieben – griffen Carnegie wie Rockefeller über den kleinen Kreis an Beratern hinaus und landeten bei der nahezu unspezifischen Förderung der Wissenschaften. Damit gaben sie aber zugleich einen Teil der Entscheidungskompetenz an jene ab, die als Mitglieder von Berufsgruppen mit den potentiellen Bittstellern enger verbunden waren als mit der sozialen Welt der Stifter.

Stiftungen von Philanthropen, die derart breite Aufgabenstellungen verfolgen, waren und sind ähnlich wie Firmen organisiert. Im *board of trustees*, einem dem Aufsichtsrat analogen Gremium, haben die namensgebenden Stifter – und später Familienmitglieder – Sitz und meist mehr Einfluss als nur ihre Stimme. An ihrer Seite versammeln sie Vertraute und Prominente. Ersteren sollten sie bei den zu fällenden Entscheidungen vertrauen können und letztere fungierten als Experten zu deren Vorbereitung. Die Funktion des Präsidenten des board oder der Stiftung insgesamt übten die Stifter jedoch nicht aus. Dieses Amt wurde anfangs einem Vertrauten übertragen, der es als full time job ausübt. In späteren Phasen der Entwicklung erfolgte die Auswahl des Stiftungspräsidenten sehr ähnlich der eines C.E.O., Chief Executive Officer, dem Vorstandsvorsitzenden von Unternehmungen. Weder die anfänglichen Stifter noch die Präsidenten können Entscheidungen ohne Konsultation mit anderen treffen. In manchen der von Carnegie und Rockefeller gegründeten Stiftungen war ihr Einfluss nicht nur wegen ihres hohen Alters gering, sondern auch weil sie das Interesse an der Tagespolitik dieser Einrichtung verloren hatten. Die trustees, die generelle Richtlinien erließen, anfangs aber manchmal auch das Tagesgeschäft führten, waren für die Detailentscheidung auf die Expertise anderer angewiesen, wollten sie nicht gänzlich zum Opfer von Lobbyisten, Einflüsterern und Bittstellern werden.

Die Ausweitung der philanthropischen Imperien war begleitet von einer Vergrößerung der an den Entscheidungen Beteiligten und es ist nicht überraschend festzustellen, dass damit auch die Debatten zunahmten. Lassen wir hier unberücksichtigt, dass im Einzelfall das Zustandekommen der Entscheidungen oft eines gewissen Grades der Kontingenz, also der Willkürlichkeit des “es hätte auch anders kommen können” nicht entbehrt, und analysieren wir nur, welche strukturierten Formen sich entwickelten. Zum einen handelte es sich um ein

---

<sup>46</sup> Karl & Katz 1981, 245 weisen darauf hin, dass die sehr weite Definition der Aufgaben der CC und der RF

Informationsproblem, das zu lösen war: Wie sollte eine Entscheidung getroffen werden und welches Vorwissen war dafür nötig? Zum anderen waren Änderungen des organisatorischen Gefüges der Stiftungen nötig, weil die Arbeit nicht mehr nebenher erledigt werden konnte, doch: Wer sollte die Entscheidungen treffen? Drei Wege lasse sich unterscheiden, die beschritten wurden: Einholung einer Expertise, Delegation der Entscheidung an Externe und Engagement eines neuen Typs von Stiftungsmitarbeitern.

Im einfachsten Fall beauftragte und bezahlte die Stiftung einen anerkannten Fachmann mit der Durchführung einer Erhebung und behielt sich die Entscheidung darüber, was getan, d.h. gefördert werden sollte, für die Zeit nach Ablieferung des Berichts vor. Den darin ausgesprochenen Empfehlungen folgte man nicht immer. Beispielsweise wurde Alvin Johnson, damals noch Professor für Ökonomie an der Cornell University in Ithaca, N.Y., von Henry S. Pritchett, einem einflussreichen Trustee der Carnegie Corporation, beauftragt, zehn Wochen lang durch die USA zu reisen und die verschiedenen Bibliotheken zu besuchen um festzustellen, ob die sich häufenden Berichte über Miss-Management und Missbrauch zutreffend seien. Pritchett scheint diesen Auftrag nicht mit Carnegie besprochen zu haben, aber er hoffte wohl, an den Erfolg des einige Jahre davor von einer anderen Carnegie Stiftung, jener für die Förderung des Unterrichts, veranlassten, später als *Flexner Report* bekannt gewordenen Berichts über die Lage der medizinischen Ausbildung in den USA, anschließen zu können. Aus verschiedenen Gründen wiederholte sich der Erfolg jedoch nicht. (Johnson 1952, Lagemann 1989, 25ff.; zum Flexner Report: ebd. 78f.)

Weit mehr Einfluss gab eine Stiftung aus der Hand, als man europäischen Vorbildern, wie dem Pariser Institut Pasteur (gegründet 1887) und dem späteren Robert Koch Institut für Infektionskrankheiten in Berlin (gegründet 1891) folgend, eigene Forschungseinrichtungen schuf. Das Rockefeller Institute for Medical Research (gegründet 1901) und die Carnegie Institution of Washington (gegündet 1902) erhielten jeweils ein beträchtliches Kapital, von dessen Zinsen der laufende Betrieb zu begleichen war. Beide Institute widmeten sich der Grundlagenforschung; sie wurden zurecht als Universitäten ohne Studenten bezeichnet (Karl & Katz 1981, 245). Während die in New York angesiedelte – und als Rockefeller Universität immer noch existierende – Gründung ein klar umrissenes, bis dahin in den USA sträflich vernachlässigtes Forschungsfeld bearbeitete (wofür der Stifter insgesamt \$ 65 Millionen oder 1328 Millionen im Jahr 2001 zur Verfügung stellte), kam es rund um die Gründung der in der Hauptstadt angesiedelten Institution zu heftigen Grabenkämpfen darum, was getan und wer von den gestifteten 10 Millionen (204

---

gesetzwidrig gewesen sei, ohne das näher zu erläutern.

Millionen im Jahr 2001) profitieren sollte: Universitätsprofessoren und –präsidenten hätten es gerne gesehen, dass von dort Gelder an ihre Universität weitergeleitet würden; verschiedene Gruppen von Wissenschaftlern versuchten Carnegie selbst und seine *Trustees* davon zu überzeugen, dass ihr Forschungsfeld das förderungswürdigste sei und der Herausgeber von *Science*, James McKeen Cattell, eröffnete in seiner Zeitschrift eine Art Preisausschreiben für Vorschläge. Sein eigener kam nicht zum Zug – und damit auch nicht die Gründung eines psychologischen Laboratoriums. Letztlich wurde dann doch recht konventionelle Forschung betrieben, zumeist in Form der Fortführung anderswo schon begonnener geophysikalischer, geologischer und astronomischer und experimentalbiologischer Programme (Geiger 1986, 59ff., Kohler 1991, Lagemann 1989).

Erst nach langer Zeit stellte sich ein Erfolg für Carnegies Stiftungen ein, als sie zwei sozialwissenschaftlichen Neugründungen zum Leben verhalfen. Während der langen Inkubationszeit hatten sich aber sowohl äußere politische Bedingungen als auch die personelle Zusammensetzung der Carnegie Corporation dramatisch gewandelt. Weder das National Bureau of Economic Research noch die Brookings Institution bringen in ihrem Namen die Geburtshelferrolle Carnegies zum Ausdruck. Ob dafür die Höhe der Zuwendungen oder die kontroversielle Natur der von diesen beiden Einrichtungen vertretenen Disziplinen ausschlaggebend war, muss dahingestellt bleiben, letzteres ist aber angesichts vergleichbarer Fälle wahrscheinlich. Diese beiden Institute waren die ersten sozialwissenschaftlichen Forschungsstätten, deren Gründung sich Zuwendungen von Philanthropen verdankt. Daher soll ihre Entstehung hier ein wenig eingehender betrachtet werden.

Wirtschaftskapitäne hielten das Wissen, das ihrem Erfolg zugrunde liegt, für nichts, was erst entdeckt werden müsste. Allein seine Verteilung erschien ihnen problematisch. Unbildung und Bösartigkeit verhinderten, dass alle ihre Sicht auf die Welt des Geld Machens teilten. Naheliegenderweise konnten sie sich mit der Idee anfreunden, die Einsichten, die sie selbst leiteten, unters Volk zu bringen. Ein “constant chain of correct information” sollte an jene fließen, die dem Einfluss von Demagogen und Agitatoren besonders ausgesetzt und ihren Botschaften gegenüber empfänglich waren, verkündete 1912 der Gründer und Präsident von AT&T anlässlich einer Konferenz, zu der er die reichsten und wichtigsten Industriellen versammelt hatte. (zit. in: Lagemann 1989, 53). John D. Rockefeller Jr., der an dieser Konferenz teilgenommen hatte, sympathisierte mit dieser Ansicht und beauftragte einen seiner Mitarbeiter, Möglichkeiten zu erkunden. Nachdem dieser Ökonomen verschiedener Universitäten befragt hatte, schlug er seinem Chef jedoch die Gründung eines Instituts vor, in dem ökonomische

Grundlagenforschung betrieben werden sollte. Die Wissenschaftler hielten das für weitaus wichtiger als die Propaganda. Zwischen den Befürwortern der Propaganda, die sich vor allem aus den älteren Beratern in philanthropischen Angelegenheiten rekrutierten und den jüngeren Universitätsökonomern, die für eine Forschungsstätte plädierten, konnte kein Kompromiss gefunden werden und die Gründung wurde vertagt.

Zwei unbedeutendere Einrichtungen, die sich in Carnegies Stiftungen schon seit längerem mit ökonomischen Fragen beschäftigten, hatten keine spektakulären Erfolge zu verzeichnen gehabt und die Russell Sage Foundation, die sich seit ihrer Gründung 1907 der Verbesserung der Sozialarbeit widmete und dazu auch *social surveys* finanzierte, drängte sich den Industriellen als Vorbild nicht auf. Nahezu immer, wenn sich ein Konsens nicht abzeichnete, entschlossen sich Philanthropen, die Sache bleiben zu lassen. Empirische ökonomische Forschung blieb für die nächsten paar Jahre eine Domäne von Universitätsforschern, die allerdings ihre Absicht, Stiftungen für ihre Arbeit zu interessieren, nicht aufgaben. Im Anschluss an einen blutig verlaufenden industriellen Konflikt in der Prärie von Colorado, während dessen von einem Unternehmen, an dem Rockefeller führend beteiligt war, *gunmen* engagiert wurden, die Streikende und deren Familien ermordeten, beauftragte Rockefeller einen Kanadier mit der Durchführung einer wissenschaftlichen Studie über *industrial relations*, ein Ausdruck der damals erstmals Verwendung fand. Wegen des offensichtlichen Zusammenhangs zwischen der gewaltsamen Unterdrückung eines Streiks und diesem Auftrag kam es zu heftigen ablehnenden Reaktionen in der Öffentlichkeit und am Capitol Hill, dem Sitz des US Parlaments, die an die Intensität der populistischen Kritik während des Anti-Trust Verfahrens gegen das Flaggschiff des Rockefeller Imperiums heranreichte. Untersuchungsausschüsse tagten und das Renommee Rockefellers litt – wohl zu recht. Diese Episode hielt die Rockefellers die nächsten zehn Jahre davon ab, die Kontroversen auslösenden Sozialwissenschaften zu fördern.

Carnegie bzw. führende Funktionäre seiner Stiftungen waren gegenüber der Wirtschaftswissenschaft weniger aversiv eingestellt und sie sahen die Gefahr, die von den Initiativen drohte, für die politische Kritiker der Plutokratie Stimmung machten. Einer der Vorschläge ging dahin, die öffentliche Kontrolle der Stiftungen zu verstärken. Es sollte der Zäsur des Kriegseintritts der USA, der damit verbundenen Erschütterung vieler Institutionen, aber auch der Innovationen, die die Administration des Krieges mit sich brachten, bedürfen, bis es zur Gründung bzw. Finanzierung zweier Forschungsinstitute kam.

Ab 1920 förderte die Carnegie Corporation das National Bureau of Economic Research und ab 1922 ein später als Brookings Institution bekannt gewordenes Forschungsinstitut für

governmental research. In beiden Fällen scheinen Kooperationen zwischen Wissenschaftlern, Unternehmern und Regierungsbeamten während des Ersten Weltkriegs als Stimulans gewirkt zu haben. Nach Ende des Krieges drängte sich die Fortsetzung einiger der unter den Auspizien der Bundesregierung gegründeten Forschungseinrichtungen nahezu auf, was vor allem für statistische Arbeit galt. In der Betonung des fact-findings der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung fand sich dann ein zustimmungsfähiger Vorschlag, der in der Folgezeit von Mitarbeitern der Rockefeller Foundation als „induktive Wissenschaft“ bezeichnet wurde (Lagemann 1989, Grossman 1982, Bulmer & Bulmer 1981).

Die längere Dauer, die es erforderte, bis sozialwissenschaftliche Institute als Empfänger bedeutender Zuwendungen von Stiftungen die Bühne betraten und letztlich der Erfolg jener, die das voranzutreiben versucht hatten, kamen zustande, weil in der Welt der philanthropischen Organisationen einige Wandlungen Platz gegriffen hatten, die in Summe zur leichteren Etablierung der Sozialwissenschaften beitrugen. Die traditionellen trustees, die aus dem Wirtschaftsleben stammten oder gar noch Pfarrer waren, verloren gegenüber Personen, die aus der Welt der Wissenschaft kamen zunehmend an Einfluss. Wissenschaftler oder vielleicht genauer ehemalige Wissenschaftler eroberten nicht nur die boards of trustees, sondern ebenso die verschiedenen Ebenen des Stiftungspersonals. Mit der Verlagerung der sozialen Zusammensetzung der wichtigsten Gremien verbunden änderten sich auch die allgemeinsten Zielsetzungen der Stiftungen. Ging es in der Förderung der (Natur-) Wissenschaften und der Medizin neben allem Nützlichen, was diese Disziplinen zu bieten hatten, immer auch um die Belehrung und Beeindruckung des Laienpublikums, trat dieser Gesichtspunkt in den Hintergrund als Wissenschaftler in den Stiftungen die Arbeitsbedingungen ihrer Kollegen in den Universitäten und Forschungsinstituten zu verbessern trachteten. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieg wurde die Wissenschaftsförderung vermehrt und schließlich ausschließlich entlang wissenschaftsinterner Kriterien vergeben, was die Chance der unterentwickelten aber vielversprechenden Sozialwissenschaften erhöhte. Der Wechsel von der Propaganda zur Grundlagenforschung als Maxime der Förderungswürdigkeit wurde auf Seiten der Wissenschaftler begleitet von einer zunehmend als selbstverständlich betrachteten neutralen, unparteiischen nur an der Wissenschaft interessierten Haltung, was es deren Fürsprechern und den Stiftungen wiederum erleichterte, die widersprechenden oder mahnenden Stimmen zu beruhigen, weil keine öffentliche Kontroverse zu befürchten war.

Die Tatsache, dass Stifter oder Berater eines Stifters, die Entscheidungen nicht mehr selber trafen, sondern sie Repräsentanten jener Berufsgruppe übertrugen, die Förderung erhalten sollte,

wurde ausdrücklich anerkannt als die Stiftungen mit organisierten Gruppen von Wissenschaftlern zusammenzuarbeiten begannen. Aus einem Komitee, das während des Ersten Weltkriegs zur Beratung der Regierung gegründet worden war, entstand das National Research Council, das dank seiner energischen Protagonisten alsbald die Anerkennung der wissenschaftlichen Kollegenschaft erwarb, vor allem aber die Stiftungen überzeugen konnte, seine Tätigkeit über das Kriegsende hinaus fortzuführen. Dem NRC wurden nicht nur größere Summen übertragen oder langfristig versprochen, sondern es blieb ihm auch überlassen, die Verteilung vorzunehmen. In diesem Fall war die Stiftung faktisch nur noch eine Art Holding ohne Einfluss auf das operative Geschehen. Von Andrew Carnegies Idee, Reiche sollten in der zweiten Lebenshälfte zum “administrator of surplus wealth” (zit in: Bremner 1988, 102) werden, war nicht mehr viel übrig geblieben. An die Stelle des Dilettantismus des selbstbewussten Superreichen traten zunehmend gut bezahlte Angestellte, die bevor sie in die Welt der philanthropischen Stiftungen eintraten, die der Wissenschaft kennen gelernt hatten oder in ihr sogar bemerkenswerte Leistungen vollbracht haben. Unter den ersten Präsidenten sowohl der CC als auch der RF finden wir ehemalige Professoren der Soziologie wie George Vincent (RF 1917-29), der Psychologie wie James R. Angell (CC 1920-21) oder der Mathematik wie Max Mason (RF 1929-36), die davor oder danach auch als Universitätspräsidenten tätig waren.

Auch auf den Ebenen unterhalb des Präsidenten finden wir in der Zeit nach dem Ende des Ersten Weltkriegs nicht nur zunehmend mehr Personal; fast alle diese Männer und Frauen haben eine Ausbildung als Wissenschaftler absolviert, einige für kürzer oder länger selbst wissenschaftlich gearbeitet. Sie waren daher in einem weit höherem Maße mit den Denkgewohnheiten des Klientels der Stiftungen vertraut. Sie verfolgten ihre eigenen Ideen darüber, in welche Richtung sich die Wissenschaften weiterentwickeln sollten und hatten eine klare Vorstellung davon, welchen Beitrag die Stiftungen dazu leisten könnten. Einige davon werden wir auf den kommenden Seiten treffen.

Die Veränderungen der universitären Organisation in Form von *departments*, die Ausdifferenzierung der Sozialwissenschaften in die heute bekannten einzelne Disziplinen, die Bereitstellung von Mitteln zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die schrittweise Verbreitung des *sabbaticals* und anderer Forschung ermöglichender Regelungen, sowie das Auftreten finanziell gut ausgestatteter Stiftungen als Initiatoren von Forschungsprogrammen legen nahe anzunehmen, dass dadurch die US-amerikanischen Wissenschaftler günstigere Bedingungen vorfanden als ihre europäischen Kollegen. Die Stil-Hypothese der Amerikanisierung scheint mir insoweit bestätigt zu sein, als sich bekanntlich die meisten dieser

Institutionen im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausbreiteten, wozu die militärische und kulturelle Hegemonie der einen Siegermacht des Zweiten Weltkriegs ihrerseits einen Beitrag lieferte. Doch ohne das Vorhandensein eben jener exportfähigen Institutionen hätte die Amerikanisierung der Wissenschaften wohl nicht so leicht stattfinden können. Dass wir heute weitweit in Kategorien wie dem bevorstehenden *sabbatical*, dem aus Drittmitteln finanzierten Forschungsprojekt, den für *post-docs* vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten denken und handeln, belegt nachdrücklich den Sieg des amerikanischen (Wissenschafts-) Imperiums.

Weniger eindeutig muss der Befund hinsichtlich der beiden anderen eingangs angeführten Interpretationen von Amerikanisierung ausfallen: Ob die hier geschilderten Veränderungen als Resultat eines Kulturimperialismus bezeichnet werden können und ob von einem parallelen Siegeszug des Positivismus sinnvollerweise gesprochen werden kann, konnte im Rahmen dieser Abhandlung nicht in dem notwendigen Detaillierungsgrad erörtert werden. Für die Beantwortung der ersteren Deutung wäre zu klären, welche Institutionen als kulturimperialistische Agenten ins Auge zu fassen wären, ob vor allem privat finanzierte Stiftungen als solche in Betracht zu ziehen sind. Für die Prüfung der Positivismus-Hypothese, die durch die hier gegebenen Hinweise auf die Art von Forschung, die vor allem von der Rockefeller Foundation gefördert wurde, eine erste Unterstützung findet, müsste sowohl der verwendete Positivismusbegriff genauer expliziert werden als auch in eingehenderer Weise auf die Methoden und Begriffe, die in der sozialwissenschaftlicher Forschung des 20. Jahrhunderts sich durchzusetzen begannen, eingegangen werden. Das muss einer anderen Gelegenheit vorbehalten bleiben.

### ***Bibliographie***

- Abbott, Andrew. 1999. *Department & Discipline: Chicago Sociology at One Hundred*. Chicago: Chicago University Press.
- Adams, Walter. 1968. *The Brain drain*. New York: Macmillan.
- American Council on Education, ed. 1948. *American Universities and Colleges*, 5<sup>th</sup> ed, New York: Walter de Gruyter.
- American Council on Education, ed. 1952. *American Universities and Colleges*, 6<sup>th</sup> ed., New York: Walter de Gruyter.
- Bloom, Allan. 1987. *The closing of the American mind*. New York: Simon & Schuster.
- Bremner, Robert H. 1988. *American philanthropy*. 2<sup>nd</sup> ed. Chicago: University of Chicago Press.
- Brubacher, John S. & Willis Rudy. 1997. *Higher education in transition an American history, 1636-1956*.

- 2<sup>nd</sup> ed. New Brunswick: Transaction.
- Bulmer, Martin. 1986. *The Chicago school of sociology: Institutionalization, diversity, and the rise of sociological research*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bulmer, Martin & Joan Bulmer. 1981. Philanthropy and social science in the 1920s: Beardsley Ruml and the Laura Spelman Rockefeller Memorial, 1922 - 1929. *Minerva* 19: 347-407.
- Bunge, Mario A. 1999. *The sociology-philosophy connection*. New Brunswick: Transaction.
- Cahan, David. 1982. Werner Siemens and the origin of the Physikalisch-Technische Reichsanstalt, 1872-1887. *Historical Studies in the physical and biological sciences* 12, no. 2: 253-283.
- , 1985. The industrial revolution in German physics, 1865-1914. *Historical Studies in the physical and biological sciences* 15, no. 2: 1-65.
- Clark, Terry N. 1973. *Prophets and patrons: The French university and the emergence of the social sciences*. Cambridge, Mass: Harvard University Press.
- Cooley, Charles H. 1983. *Human nature and the social order* [1902]. New Brunswick: Transaction.
- Davie, Maurice R. 1947. *Refugees in America: Report of the Committee for the Study of Recent Immigration from Europe*. New York: Harper.
- Düwell, Kurt. 1971. Staat und Wissenschaft in der Weimarer Epoche. Zur Kulturpolitik des Ministers C. H. Becker. *Historische Zeitschrift Beiheft* 1: 31-74.
- Fermi, Laura. 1971. *Illustrious immigrants: The intellectual migration from Europe, 1930/41*. 2<sup>nd</sup> ed. Chicago: Chicago University Press.
- Fisher, Donald. 1993. *Fundamental development of the social sciences: Rockefeller philanthropy and the United States Social Science Research Council*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Fleck, Christian. 1990. *Rund um "Marienthal". Von den Anfängen der Soziologie in Österreich bis zu ihrer Vertreibung*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Fleck, Christian. 2000. Fragmentierung, Tribalismus und das Streben der Soziologen nach Statusgewinn. In: Christiane Funken, Hrsg. *Soziologischer Eigensinn. Zur "Disziplinierung" der Sozialwissenschaften*. Leverkusen: Leske + Budrich, 49-64.
- Fleck, Ludwik. 1980. *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv* [1935], Frankfurt: Suhrkamp.
- Fosdick, Raymond B. 1952. *The story of the Rockefeller Foundation*. New York: Harper.
- Galtung, Johan. 1981. Structure, culture and intellectual style: An essay comparing saxon, teutonic, gallic and nipponic approaches. *Social Science Information* 20: 817-56.
- Garraty, John Arthur & Mark C. Carnes, eds. 1999. *American national biography*. New York: Oxford University Press.
- Geiger, Roger L. 1986. *To advance knowledge: The growth of American research universities, 1900-1940*.

- New York: Oxford University Press.
- Grossman, David M. 1982. American foundations and the support of economic research, 1913-29. *Minerva* 20: 59-82.
- Gunnell, John G. 1993. *The descent of political theory: The genealogy of an American vocation*, Chicago: University of Chicago Press.
- Hage, Jerald. 1999. Organizational innovation and organizational change. *Annual Review of Sociology* 25: 597-622.
- Hage, Jerald. 2000. Die Innovation von Organisationen und die Organisation von Innovationen. *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 11, no. 1: 67-86.
- Harris, Marvin. 1989. *Kulturanthropologie. Ein Lehrbuch*. Übersetzt von Sylvia M. Schomburg-Scherff. Frankfurt: Campus.
- Heindl, Waltraud & Marina Tichy, Hrsg. 1990. "Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück..." *Frauen an der Universität Wien (ab 1897)*. Wien: WUV Universitätsverlag.
- Hilferding, Rudolf. 1968. *Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus [1910]*. Frankfurt : Europäische Verlagsanstalt.
- Hirschman, Albert O. 1974. *Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmen, Organisationen und Staaten [1970]*. Übersetzt von Leonhard Walentik. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Hollingsworth, J. Rogers & Ellen Jane Hollingsworth. 2000. Radikale Innovationen und Forschungsorganisation. Eine Annäherung. *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 11, no. 1: 31-66.
- Johnson, Alvin. 1952. *Pioneer's progress: An autobiography*. New York: Viking Press.
- Karl, Barry D. & Stanley N. Katz. 1981. The American private philanthropic foundation and the public sphere 1890-1930. *Minerva* 19: 236-70.
- Käsler, Dirk. 1981. Der Streit um die Bestimmung der Soziologie auf den Deutschen Soziologentagen 1910 bis 1930. In: M. Rainer Lepsius, Hg. *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918-1945* (=Sonderheft 23 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Opladen: Westdeutscher Verlag. 199-244.
- Kohler, Robert E. 1991. *Partners in science: Foundations and natural scientists 1900 - 1945*. Chicago: Chicago University Press.
- Kuhn, Thomas S. 1962. *The structure of scientific revolutions*. Chicago: University of Chicago Press.
- Lagemann, Ellen Condliffe. 1989. *The politics of knowledge: The Carnegie Corporation, philanthropy, and public policy*. Chicago: University of Chicago Press.
- , ed. 1999. *Philanthropic foundations new scholarship, new possibilities*. Bloomington: Indiana University Press.
- Lenger, Friedrich. 1994. *Werner Sombart. 1863 - 1941. Eine Biographie*. München: C.H. Beck.

- Lynd, Robert S. & Helen M. Lynd. 1929. *Middletown: A study in contemporary American culture*. New York: Harcourt, Brace and Company.
- Maslow, Abraham H. 1954. *Motivation and personality*. New York: Harper.
- Merton, Robert K. 1973. *The sociology of science: Theoretical and empirical investigations*. Edited and with an introduction by Norman W. Storer. Chicago: University of Chicago Press.
- Mitchell, B.R., ed. 1992. *International Historical Statistics. Europe 1750-1988*. 3<sup>rd</sup> ed., New York: Stockton Press.
- , ed. 1993. *International Historical Statistics. The Americas 1750-1988*. 2<sup>nd</sup> ed., New York: Stockton Press.
- Müller, Karl H. 2000. Wie Neues entsteht. *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 11, no. 1: 87-128.
- Nielsen, Waldemar A. 1972. *The big foundations*. New York: Columbia University Press.
- Nielsen, Waldemar A. 1989. *The golden donors: A new anatomy of the great foundations*. New York: E.P. Dutton.
- Polanyi, Michael. 1985. *Implizites Wissen* [1966]. Übersetzt von Horst Brühmann. Frankfurt: Suhrkamp.
- Ross, Dorothy. 1991. *The origins of American social science*. Cambridge: Cambridge University Press.
- . 1998. Jane Addams (1860-1935). Häuslicher Feminismus und die Möglichkeiten der Sozialwissenschaften. In: Claudia Honegger & Theresa Wobbe, Hrsg. *Frauen in der Soziologie*. München: C.H. Beck. 130-152.
- Seidl, Christian. 1982. Joseph Alois Schumpeter in Graz. *Research Memorandum Nr. 8201 der Nationalökonomischen Institute der Universität Graz*.
- Seligman, Edwin R. A. & Alvin S. Johnson, eds. 1930-1935. *Encyclopaedia of the social sciences*. New York: Macmillan.
- Sills, David L., ed. 1968. *International encyclopedia of the social sciences*. New York: Macmillan.
- Smelser, Neil J. & Paul B. Baltes. 2001, eds. *International encyclopedia of the social & behavioral sciences*. Amsterdam: Elsevier.
- Serres, Michel, Hg. 1994. *Elemente einer Geschichte der Wissenschaften*. Übersetzt von Horst Brühmann. Frankfurt: Suhrkamp.
- Stölting, Erhard. 1986. *Akademische Soziologie in der Weimarer Republik*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Swedberg, Richard. 1991. *Joseph A. Schumpeter. A Biography*. Princeton: Princeton University Press.
- Tocqueville, Alexis de. 1961. *Democracy in America*. New York: Schocken Books.
- Turner, R. Steven. 1982. Justus Liebig versus Prussian chemistry: Reflections on early institute-

- building in Germany. *Historical Studies in the physical and biological sciences* 13, no. 1: 129-162.
- U. S. Bureau of the Census. 1964. *Historical statistics of the United States, Colonial times to 1957*. Prepared by the Bureau of the census with the cooperation of the Social Science Research Council, Washington: U. S. Bureau of the Census.
- Weber, Max. 1988. Wissenschaft als Beruf [1919]. In: Max Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Hrsg. von Johannes Winckelmann. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck). 582-613.
- Weber, Max. 1995. *Der Sozialismus* [1919]. Mit einer Einführung von Herfried Münkler. Weinheim: Beltz Athenäum.
- Wende, Erich. 1959. *C.H. Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Zuckerman, Harriet. 1996. *Scientific elite: Nobel laureates in the United States, with a new introduction by the author*. New Brunswick, N.J.: Transaction.